

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei  
Einsendung der Retourmarken.

Ersteinst mit Ausnahme  
des Montags täglich (1926)

## Die „deutschen“ Christlich-Sozialen.

Das Parlament darf nicht zusammen-  
treten, weil man vorher die Beamtenregierung  
liquidieren und die Frage der künftigen Re-  
gierungsmehrheit zur Entscheidung bringen  
will. Der liebe Svebka, der die Zeit für ge-  
kommen hält, aus der Verjüngung aufzutauchen,  
ist wieder in Prag und soll schon in den näch-  
sten Tagen seine Fäden zu spinnen beginnen.  
Manches deutet darauf hin, daß er zuerst den  
Versuch unternimmt wird, die alte tschechische  
Koalition wieder zusammenzuleimen, aber es  
dürfte ihm bei diesen Bemühungen nur um  
die Erbringung eines Alibi zu tun sein, denn  
allzu große Hoffnung auf ihr Zustandekommen  
dürfte er nicht hegen. Die Geschichte und die  
politische Entwicklung des letzten halben Jahres  
ist nicht ungeschicklich zu machen und die tsche-  
chischen sozialistischen Parteien dürften kaum  
gewillt sein, in eine Regierungscoalition ohne  
ein Arbeitsprogramm, das gewisse Zusicherungen  
an sie enthält, einzutreten; das gewachsene  
Selbstbewußtsein der bürgerlich-reaktionären  
Parteien aber wird sich schwerlich herbeilassen,  
einen Kaufpreis in sozialen, wirtschaftlichen  
oder politischen Dingen zu bezahlen, dies um  
so weniger, als die Sicherheit besteht, daß sich  
die deutschen Aktivisten jederzeit ohne jede  
Gegenseitigkeit — wenigstens nicht in nationa-  
ler Beziehung — herbeiholen lassen. Die  
deutschen Christlichsozialen haben sich dem  
auch bewußt, dies durch ihr Hauptorgan die tschechisch-  
böhmisches Parteien wissen zu lassen. Der  
Artikel ist nur scheinbar gegen die deutschen  
Gegner des bürgerlichen „Aktivismus“ gerich-  
tet, in Wirklichkeit wendet er sich an die Adre-  
sse der tschechischen Volkspartei und ist ein  
Sifferl, das besagt: Wir bitten untertänigst  
in Eurer Dienste treten zu dürfen, Ihr braucht  
uns dafür in nationaler Beziehung keinerlei  
Gegenseitigkeit zu gewähren! Man merkt die  
Angst, die Aktivisten könnten, nachdem sie beim  
Zoll, Kongrua- und Steuerraub ihre Schuldig-  
keit getan haben, von ihren Dienstgebern bei-  
seite geschoben werden und darum beeilen sie  
sich zu erklären: Laßt uns um des Himmels  
Willen nicht im Stich, Ihr müßt nicht fürchten,  
daß wir Euch durch die Forderung nach  
nationalen Gegenleistungen lästig fallen!

Es sind drei Monate verflossen, seit der  
Pund der Landwirte ein Kommuniqué ver-  
öffentlichte, in dem er sich gegen die „kurz-  
sichtige und höfwillige“ Kritik an der aktivisti-  
schen Politik in der „festen Ueberzeugung“  
wendete, daß „eine nicht allzuferne  
Zukunft“ die Handlungsweise der  
Aktivisten rechtfertigen werde.  
Von der „nicht allzufernen Zukunft“ ist jetzt,  
bei dem Weggang nach den Ministerstühlen,  
keine Rede mehr, jetzt ist der Zeitpunkt, der  
dem deutschen Volke beweisen sollte, welches  
Wort die aktivistische Politik ihm gebracht hat,  
ins Unabsehbare hinausgeschoben.  
Heute ist nicht mehr die Rede davon,  
daß der Aktivismus dem deutschen Volke in  
absehbarer Zeit die Befreiung vom nationalen  
Druck und Sicherung seiner kulturellen  
Entwicklung bringen werde, heute werden jene,  
die dies als Bedingung der Mitarbeit in der  
Regierung verlangen, als „politische  
Kindschöpfe“ bezeichnet, die ihr „ewiges  
Verständigungsgerede“ endlich blei-  
ben lassen sollten. Die neueste Formel, welche  
die Aussicht auf den Erfolg der aktivistischen  
Ministerieffesager auf den Sanft Kimmetlein-  
tag verschiebt, lautet: die Erfüllung der be-  
rechtigten Forderungen kann nicht der Aus-  
gangspunkt, sondern das Ziel der Zusam-  
menarbeit sein. Nur Erhärtung dieser These  
muß der gewiesene österreichische Bundeskanzler  
und Präsar Dr. Seipel aufmarschieren, den  
die Christlichsozialen einzeln zu diesem Zwecke  
taufte zum „größten Staatsmann der Zeit-  
zeit“ avancieren lassen, der allerdings einmal  
etwas ähnliches, aber unter ganz anderen Ver-  
hältnissen und Voraussetzungen gesagt hat. Die  
Formel besagt nichts anderes, als: die Akti-

visten verzichten bei der Aushierung ihrer  
Dienste nicht, nur auf jede nationale Gegen-  
leistung, ja sogar auf jedes noch so wenig ver-  
bindliche Versprechen und sie verschließen die  
Möglichkeit, den Erfolg ihrer Politik zu über-  
prüfen, in die dunkelste Zukunft. Damit ist  
der Bankrott der deutschböhmerischen Politik  
auf dem Gebiete der Lösung der nationalen  
Frage auf der ganzen Linie sichtbar geworden.  
Die Deutschnationalen verzichten von vornher-  
ein auf jeden Versuch einer nationalen Ver-  
ständigung und erwarten die Befreiung der  
Deutschen im tschechoslowakischen Staate erst  
von einem neuen Weltkriege, die anderen legen  
ihren „Aktivismus“ dahin aus, daß sie sich  
auf Gnade und Ungnade den tschechischen  
Machthabern ausliefern. Jeder der Teile wollte  
das besser und rascher wirkende Rezept für die  
nationale Befreiung des deutschen Volkes er-  
funden haben, nun sind sie beide am Ende  
ihres Latens.

Es wird Leute geben, die über diesen  
„nationalen Verrat“ der deutschen Volksparteien  
überhaupt nicht werden, aber wer hier sie, bei  
diesen Parteien, was sie nationale Bestimmung,  
Volkstreue und dergleichen nennen, ernst zu  
nehmen! Die sozialistische Arbeiterbewegung hat  
den Schwindelcharakter der bür-  
gerlichen nationalen Politik längst  
durchschaut. Wenn deutsche Schulen gequert  
und die Bildungsmöglichkeiten der Jugend da-  
durch verschlechtert werden, was soll das die  
Christlichsozialen aufregen! Sie sind nur froh,  
wenn ihnen diese Arbeit, die auf dem Wege  
des von ihnen erstrebten kulturellen Rückschritts  
liegt, von anderen abgenommen wird. Je  
schwerer zugänglich die Schulen für die Minder-  
klassen sind und je weniger infolge überfüllter Schul-  
klassen ein erfolgreicher Unterricht möglich ist,  
desto willkommener ist das der Partei der  
Pfaffen, aber auch die Agrarier und die Klein-  
bürger der Gewerbetreibenden und die Klein-  
bürger der Arbeiterpartei sind keine Freunde  
der Schule. Ihrer aller Auffassung entspricht es  
besser, wenn die Arbeiterkinder hübsch beschränkt  
bleiben und nicht durch Bildung zu selbstbe-  
wußt und begehrlich werden. Warum sollen sich  
diese Parteien weiters über Arbeiter- und Be-  
amtenentlassungen aufregen! Das geht doch nur  
die Betroffener an und wieder die Agrarier  
nach die Pfaffen brauchen sich vor der Tische-  
rungsgefahr zu fürchten. Die Volksparteien  
haben also, da es doch nicht so sehr um die  
eigene, als um die Haut der Proleten von  
Arbeitern und Angestellten geht, reichlich Zeit,  
auf die nationale Verständigung zu warten.  
Da liegt ihnen eine andere Ver-  
ständigung weit mehr am Herzen,  
das ist die Verständigung mit ihren tschechischen,  
slowakischen und ungarischen Klassen-  
genossen über gemeinsame mate-  
rielle Vorteile. Wenn sich die Schwarz-  
en aller Nationen zusammenruhen, um in der  
Zeit der ärgsten Not der proletarischen Massen  
den Massen aus Staatsmitteln eine ausgiebige  
Beholdaufbesserung zuzuschicken, so erscheint  
dies ihnen schon wert, das bühnen Schein-  
kampf für die nationalen Rechte des deutschen  
Volkes dafür einzutauschen. Oder wenn die  
Agrarier die internationale Einheitsfront  
schließen, um aus der Bevölkerung durch  
Lebensmittelzölle eine Milliarde Kronen her-  
auszupressen, so kann es sie schon verdrücken,  
wenn die ändern durch das „etwige Ausgleichs-  
gerede“ sie daran hindern wollen, durch Teil-  
nahme an der Regierungsgewalt neue mate-  
rielle Vorteile für sich herauszujulagen. Ver-  
ständigung über die nationalen Rechte — nur  
„politische Kindschöpfe“ haben es damit eilig.  
Verständigung über die Verschlechterung der  
Sozialversicherung, Befestigung der Sonntags-  
ruhe, Kürzung der Arbeitslohnunterstützung,  
über Steuernachlässe und Subventionen, das  
erkennt das Herz der Zollwucherndeutschen un-  
endlich mehr, als die nationale Selbstverwal-  
tung. Man rede nicht von einer Wandlung der  
Deutschböhmerischen, Christlichsozialen und Land-  
blücker und die ändern alle, sie waren niemals  
mehr und niemals weniger „deutsch“ als heute,  
da sie mit liegenden Föhnen zum „nationalen  
Feind“ überlaufen und es einem glücklichen  
Zufall überlassen, daß die nationale Selbstver-  
waltung des deutschen Volkstammes zur Tat

werde. National sein, das hieß für sie stets  
Wahrung ihres Profits und Ausbeuterinter-  
esses. Sie drängen bettelnd und bittend sich  
jetzt in die Regierung hinein, um über die

Volksmassen Arbeiter herrschen, um sie aus-  
beuten und unterdrücken zu können. Das  
Deutschtum der Deutschen — an seinen Brü-  
gen sollt ihr es erkennen!

## Die Grundlage zur Einheit der Gewerkschaftsorganisation gelegt.

Ein wichtiger geschichtlicher Fortschritt: Eine halbe Million organisierter  
Gewerkschafter in der Tschechoslowakei zu gemeinsamer Arbeit vereinigt.

Am Mittwoch, den 15. September 1926, fand in Karlsbad unter dem Vorsitz des  
Sekretärs des Internationalen Gewerkschaftsbundes C. D. J. eine gewichtige Beratung  
der Vertreter des Oborove Spruzeni Gewerkschaftsbundes und der Zentralgewerkschaftskommission  
des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Reichenberg statt. In der ganztägigen Beratung wurden  
die Richtlinien für die gemeinschaftliche Arbeit der Verbände beider Zentralen und die  
Aufgaben für die gemeinsamen Verbändeauschüsse vereinbart. Die Hauptaufgabe der  
Verbändeauschüsse bildet die Durchführung der vorausgegangenen Abmachungen der beiden Ge-  
werkschaftszentralen und die Schaffung einer verlässlichen Grundlage zur künftigen Vereinigung  
der Verbände. Die Richtlinien unterliegen zwar noch der Beschlußfassung der Vorstandskonferenzen  
der beiden Zentralen, sie bedeuten aber den erfolgreichen Abschluß der bisherigen Ver-  
handlungen. Im Hinblick auf die vorhergehenden grundsätzlichen Vereinbarungen ist das Er-  
gebnis der Karlsbader Beratung ein wichtiger geschichtlicher Meilenstein für die  
künftige Entwicklung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in  
der Tschechoslowakei. Es werden damit zur gemeinsamen Arbeit eine halbe Mil-  
lion gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer vereinigt. Nach der  
Genehmigung dieser Abmachung wird es schon in der nächsten Zeit zu der ersten Sitzung  
der gemeinsamen gewerkschaftlichen Landeszentrale kommen.

## Die Gewerkschaftszentralen gegen die Arbeitslosigkeit. Borprache beim Ministerpräsidenten.

Dienstag erließen beide Ministerpräsidenten Dr.  
Cerny eine Abordnung des Oborove Spruzeni  
Gewerkschaftsbundes und der Zentralgewerkschafts-  
kommission des deutschen Ge-  
werkschaftsbundes in Reichenberg, um  
ihm die Forderungen und Anträge der Gewerks-  
chaftsorganisationen in der Frage der Arbeits-  
losigkeit vorzulegen. Für die tschechoslowakische  
Gewerkschaftsvereinerung nahmen an der Vor-  
sprache die Genossen Janyek, Brozik, Bistora,  
Korvas und Adernann, für die Zentralgewerks-  
chaftskommission die Genossen Schaffer, Kauf-  
mann und Tauber teil. In der dem Mini-  
sterpräsidenten überreichten Denkschrift sind fol-  
gende Forderungen enthalten:

Verteuerung der Lebensbedürfnisse wirksam  
begegnet werden.

8. Die Entlohnung der genossenschaft-  
lichen Erzeugung sowie des Verbrauchs muß  
unterstützt werden.

9. Alle öffentlichen Arbeiten und  
Lieferungen, insbesondere Eisenbahnbauten,  
Bauten von Gebäuden, Straßen und Talsperren  
müssen beschleunigt werden; die notwendigen  
Mittel zum Bau von Lokomotiven, Eisenbahn-  
waggons und anderen im öffentlichen Interesse  
unternommenen Arbeiten müssen bewilligt wer-  
den. Um eine rasche und zweckmäßige Verteilung  
staatlicher Lieferungen sicherzustellen, muß aus den  
beteiligten Ministerien ein gemeinsamer Liefe-  
rungs-ausschuss geschaffen werden, in dem auch  
die Gewerkschaftsorganisationen vertreten sind.  
Die beschleunigte Vergabe von Gemeinde- und  
Landes-, gegebenenfalls Subventionen und Arbeiten,  
muß unterstützt werden. Bei öffentlichen Lieferun-  
gen muß jenen Unternehmungen der Vorzug ge-  
währt werden, welche die Kollektivverträge ein-  
halten.

10. Das Abgeordnetenhaus und der  
Senat müssen einberufen werden, damit sie das  
Gesetz über die Arbeiterbewegung verhandeln.  
Der Ministerium muß aufrecht erhalten  
bleiben.

11. Zweck Verringerung der Krise im graphi-  
schen Gewerbe fordern wir, daß die einzelnen  
Ministerien und Staatsämter aufgefordert wer-  
den, alle Druckfontenvorräte zu überprüfen und  
die Drucksorten auf Lager auch in Privatbetrieben  
anfertigen zu lassen. Das Ministerium für Post  
und Telegraphen möge das Druckfontenporto her-  
absetzen, dessen Erhöhung außerordentlich die Ge-  
schäftspropaganda hemmt.

12. Es müssen Arbeiten, durch welche der  
Ackerboden in Gegenden, welche vom Bergbau  
verwüstet sind, insbesondere in Nordböhmen,  
durchgeführt werden. (Reaktivierung des  
Bodens.)

13. Die Bewilligungen zu Ueberzeit-  
arbeit, so weit diese nicht aus Sicherheitsgrün-  
den notwendig ist, und des nur, so weit die  
Gefahr nicht besteht, müssen eingespart wer-  
den. Ohne Gutachten der zuständigen Gewerks-  
chaftsorganisation darf keine Bewilligung zu  
Ueberzeitarbeit gegeben werden.

14. Die Aufsicht wegen Einhaltung der  
achtstündigen Arbeitszeit in Betrieben,  
welche nur teilweise beschäftigt sind, muß erhöht  
werden.

15. Die Herausgabe des Gesetzes über die  
Rechtsverbindlichkeit der Kollektiv-  
verträge muß beschleunigt werden.

16. Demjenigen Arbeitslosen, welche

1. Der Abschluß von Handelsverträ-  
gen mit den Staaten, mit denen bisher solche  
nicht vereinbart worden waren, möge beschleunigt  
werden. Rußland möge de jure anerkannt  
werden, damit die gegenseitigen Handels- und  
Wirtschaftsbeziehungen unterstützt werden. Die  
Verhandlungen des Zolltariffs mögen be-  
schleunigt und der Tarif selbst herabgesetzt werden,  
eventuell die Zollsätze für notwendige Lebens-  
mittel und industrielle Rohstoffe aufgehoben wer-  
den. Insbesondere für die Glasindustrie. Soweit  
Zollsätze für Industrieprodukte notwendig sind,  
dürfen sie nicht höher sein, als das Sechsfache des  
Vorkriegszustandes. Die Gewerkschaftsorganisa-  
tionen müssen bei den Beratungen der Handels-  
verträge und des Zolltariffs beteiligt sein.
2. Die Umsatzsteuer bei den Lebensbe-  
darfsartikeln muß abgeschafft werden.
3. Der Zinsfuß muß herabgesetzt werden,  
insbesondere die Spannung zwischen der Verzin-  
sung der Einlagen und der Anleihen muß der  
Spannung der Vorkriegszeit angepaßt werden.
4. Die Kohlensteuer, welche die indu-  
strielle Entwicklung hemmt, muß vollständig ab-  
geschafft werden.
5. Die Personen- und Gütertrans-  
porttarife müssen überprüft und in ange-  
messener Weise dort herabgesetzt werden, wo es  
zum Zwecke der Unterstützung der heimischen Ein-  
fuhr und der Ausfuhr ins Ausland unumgänglich  
notwendig ist. Insbesondere müssen sie bei den  
wichtigen Nahrungsmitteln eine Herabsetzung er-  
fahren. Durch einen entsprechenden Tarifvertrag  
muß die Verbindung der slowakischen Industrie-  
zentren mit den historischen Ländern unterstützt  
werden. Den Geschäftstreibenden müssen beim  
Transport besondere Nachlässe gewährt werden.
6. Die Kohlenverkaufskonzern-  
en müssen aufgehoben werden, die Vertriebskosten der  
Vergewaltigungskonzernen überprüft werden.
7. Die Maßnahmen gegen den Wucher müssen  
verschärft werden, unter Mitwirkung der Gewerks-  
chaftsorganisationen muß der unredlichen

Ihren Anspruch nach dem Gesetze über die Staatsunterstützung für Arbeitslose vom 19. Juli 1921, Zl. 267, erschöpft haben und schuldlos ohne Arbeit geblieben sind, muß die weitere Unterstützung aus Staatsmitteln gewährt werden, und das bis zur Dauer eines Jahres.

17. Der Staatsbeitrag, der von den Gewerkschaftsorganisationen ausbezahlt wird, muß allfällige Verrechnungen werden, sobald die Belege vorgelegt sind und den Gewerkschaftsorganisationen muß ein entsprechender Vorschau auf den ausgezahlten Staatsbeitrag gewährt werden. Der Verwaltungsausschuss, der den Gewerkschaftsorganisationen als Erforscher der Ausgaben gewährt wird, muß entsprechend erhöht werden.

18. Den Kurzarbeitern, welche weniger als vier Tage in der Woche arbeiten, muß eine

besondere Unterstützung aus Staatsmitteln gewährt werden.

19. Neben der pflichtgemäßen Meldung der Arbeitslosen bei den öffentlichen allgemeinen oder gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlungsinstitutionen muß wieder die pflichtgemäße Meldung der freien Stellen sowie der Aufnahme von durch Arbeitsvermittlungsinstitutionen empfohlenen Arbeitslosen erneuert werden. Die allgemeine Regelung der Arbeitsvermittlung muß beschleunigt, neue Vorschriften über die Kündigungsfreiheit, die den Arbeitnehmer insbesondere bei Massenentlassungen schützen, müssen eingeführt werden.

20. Die Verhandlung des Gesetzes über die Unterstützung der Alten muß beschleunigt werden.

# Ein Wert der Menschlichkeit und Solidarität.

## Zum Abschluß der Aktion „Böhmerwaldhilfe“.

Als im Februar dieses Jahres eine Artikelserie, handele von der ärmsten Not der Arbeitslosen des oberen Böhmerwaldes durch unsere Presse ging, war es für den Verfasser eine große Genugtuung, zu sehen, daß die Schilderungen nicht nur rege Anteilnahme in- und außerhalb der Partei weckten, sondern auch die tätige Hilfsbereitschaft weiter Bevölkerungskreise auf den Plan riefen. Spontan liefen Geldspenden bei den Redaktionen der Parteiblätter ein, die sozialdemokratische Organisationen Nord- und Südböhmens, in erster Reihe die des Bodenbacher und Aussiger Gebietes, weitestgehend mit Geldspendungen und namhaften Ueberweisungen aus den Kassenschatzen, um den notleidenden Brüdern im Böhmerwalde damit eine bescheidene Hilfe anzutragen.

Soweit die Geldspenden für bestimmte in den Aufsätzen genannte Familien und Personen gewinnbar waren, wurden sie an die Adressaten ohne Verzug weitergeleitet. Schwieriger war die Verwendung der allgemeinen Hilfsgelder zwecken gemäßen Beträge, da die Gefahr bestand, bei weiteren individuellen Anwendungen nicht nur ein Unrecht zu begehen, sondern auch Verwirrung zu stiften. So tauchte in den Kreisen der Prager Parteigenossen die Anregung auf, eine private Hilfsaktion einzuleiten, die dann in Verbindung mit der in Aussicht gestellten staatlichen Fürsorge den Arbeitslosen des Notstandsgebietes vielleicht eine tiefe Bänderung ihres Glendes bringen konnte. Es wurde hierauf in Prag gemeinsam mit neutralen Persönlichkeiten eine Kommission „Böhmerwaldhilfe“ konstituiert, das eine Sammelaktion für Geld, Kleider und Wäsche einleitete. Auch unter den sozialistischen Angestellten der Prager deutschen Betriebe wurde gesammelt, wobei beispielsweise das Personal der Großverkaufsgesellschaft den ansehnlichen Betrag von rund 4500 Kronen aufbrachte. Nach Abschluß der allgemeinen Sammlungen fanden dem Komitee „Böhmerwaldhilfe“ einschließlich der bei der Parteipresse eingelaufenen Summen annähernd 25.000 Kronen und ein bedeutender Vorrat an Kleidern und Wäsche zur Verfügung.

Die Verteilung der Spenden gestaltete sich sehr schwierig, da inzwischen jede Hoffnung auf eine Beteiligung der Regierung an der Notstandsaktion geschwunden war und somit die geringen Mittel des Privatkomitees den gegebenen Notwendigkeiten auch nicht annähernd entsprechen konnten. Das Komitee mußte sich entschließen, den Kreis der zu berücksichtigenden Personen möglichst eng zu ziehen, also nur die allerbedürftigsten auszuwählen und die Aktion nur auf Gemeinden mit ungewöhnlich hoher Arbeitslosenzahl zu beschränken. Man kam überein, den

als bedürftig sichergestellten Familien keine Geldbeträge, sondern Anweisungen auf Lebensmittel auszugeben, die in der nächsten Konsumkassette eingelöst werden konnten. Diese Maßnahme hat sich sehr bewährt, da die meisten Familien bei privaten Kaufleuten verschuldet waren, so daß sie die Geldbeträge zu keiner Zahlungsaufforderung, sondern zur Schuldentilgung hätten verwenden müssen. Auch ist damit allen sonstigen Unzulänglichkeiten vorgebeugt worden, die darin hätten bestehen können, daß irgend ein verzweifelter Mensch das Geld in Alkohol umgekehrt hätte, anstatt es seiner Familie zuzuwenden. Eine Vorerhebung ergab, daß für die Ausgabe von Lebensmittelanweisungen rund 400 der bedürftigsten Familien in Betracht kommen, so daß die Beträge, je nach der Familiengröße, zwischen 50 und 100 Kronen abgemessen werden mußten. Für ledige Personen wurden 30 Kronen angewiesen. Die Anweisung der Beträge erfolgt auf Grund von Listen, welche von den Vertrauensmännern der Arbeitslosen aufgestellt und im Einvernehmen mit den Gemeindevorstehern überprüft und ergänzt wurden. Die Verteilungsaktion war wohl das schwierigste Stück Arbeit, da man es in solchen Fällen bekanntlich nicht allen Leuten recht machen kann. Die Begriffe über soziale Bedürftigkeit sind ja oft im Orte selbst sehr verschieden und so war es riesig schwer, eine richtige Grenze zu ziehen. Im Auftrage des Komitees „Böhmerwaldhilfe“ leitete Genosse Jalsch die Verteilungsaktion, und bereitete gemeinsam mit Gen. Breitfelder, als dem Beauftragten der lokalen Hilfskomitees im Mai d. J. nochmals fast alle der in Frage kommenden Orte, wobei überall Hilflung mit den Gemeindevorstehern gesucht wurde, denen auch ein weitestgehendes Mitbestimmungsrecht in der Auswahl der zu berücksichtigenden Personen eingeräumt worden ist.

Im Anschluß an die Ausgabe der Lebensmittelanweisungen wurde die Verteilung der eingelaufenen Sachspenden durchgeführt, wobei noch manche Familien bedacht wurden, die bei der ersten Aktion nicht berücksichtigt werden konnten oder übersehen worden sind. Natürlich war bei der verschiedenen Qualität der eingelaufenen Kleider und Wäschestücke die Verteilung noch schwieriger, da es geradezu unmöglich war, einen alle Teile befriedigenden Schlüssel herauszufinden. Inmehrin haben die Sachen — sie mußten in fünf große Listen nach Konserven transportiert werden — manchen armen Familien aus großer Verlegenheit geholfen und vielen armen Kindern eine Freude gemacht. Für alle ausgegebenen Spenden wurden Bestätigungen angefertigt, die von den Empfängern eigenhändig unterzeichnet und von den Gemeindevorstehern be-

stätigt worden sind. Es ist dadurch vorgebeugt worden, daß bei allfälligen Reklamationen die Verwendung jedes Selters Geldes und jedes Kleidungsstückes sofort ausgewiesen werden kann. Die diesbezüglichen Listen liegen beim Kassier des Komitees „Böhmerwaldhilfe“, Viktor Labmer, Prag VII, 1253, zur Einsichtnahme für alle Interessenten auf.

Der rechnungsmäßige Abschluß der Aktion, der mit den heutigen Anweisungen erfolgt, verzögerte sich um mehrere Monate, da noch immer verspätete Spenden eingelaufen sind. Das Komitee „Böhmerwaldhilfe“ mußte daher bei Beschluß fassen, diese Geldbeträge, die nach der allgemeinen Verteilungsaktion eintrafen, den zuständigen Bezirksjugendfürsorgestellen zuzuwenden. Sie werden den immerhin ansehnlichen Betrag von 1671 Kronen bei ihrer weiteren Tätigkeit in dem Notstandsgebiete sicher gut brauchen können, und es wäre zu wünschen, daß er den Grundstock für eine im nächsten Winter durchzuführende Ausweitung der Aktion unter den Arbeitslosenfindern bildet.

Die Aktion wurde noch nicht unternommen, um von der armen Bevölkerung des oberböhmerwälderischen Notstandsgebietes Dank zu erwerben. Es ist ja der Mangel, der einer jeden privaten Wohlthätigkeit anhaften, daß sie keine dauernde Hilfe bringen kann, sondern wie ein Tropfen auf den heißen Stein wirkt. Somit hat auch diese Aktion den sozialen Notstand der armen Wanderarbeiter und Spitzenklopfer nicht beseitigt, aber sie hat — das können wir mit Stolz und Freude feststellen — zahlreichen armen Familien eine bescheidene Unterstützung in schwerster Not gebracht und ihnen damit neue Hoffnungen für den weiteren Daseinskampf eingeschloßt. Diese vom Schicksal so hart mitgenommenen Menschen haben daraus ersehen, daß sie in ihrem Glend nicht ganz verlassen sind. Und wenn es auch nur eine Hilfeleistung für den unmittelbaren Augenblick war — daß sich einige hundert Familien wieder eine Woche sattessen konnten, und daß manchem armen Kinde mit einem schönen Kleidungsstück eine Freude gemacht wurde, ist ein erfreuliches Ergebnis. Der gönnte Lohn für alle Bemühungen war es mir, als ich in Wassertruppen wieder bei jener feinerzeit im Wilde bekannt gewordenen armen Wanderarbeitersfrau mit ihren fünf kleinen Kindern einkam und dort bedeutend verbesserte Verhältnisse vorfand. Durch das hilfsbereite Eingreifen der Jugendfürsorgestellen des Bezirkes bekam die Familie durch mehrere Wochen ansehnliche Lebensmittelzuweisungen, so daß mich diesmal das aufgeweckte kleine Mädel, das so gern in die Schule geht, mit etwas aufgerundeten Wangen zutraulich begrüßen konnte.

Allen Mitlesern an diesem schönen Werke der Menschlichkeit und Solidarität sowie allen Spendern sage ich herzlich Dank.

Wenzel Jalsch.

## Abschließender Spendenausweis der „Böhmerwaldhilfe“.

Löwy W. Turn 50, Albert F., Holzhändler, Haan Nr. 74 150; Sez. Gew. Kart. Zug, 50; Lokalorganisation Gostitz 50; Blüthlau Rudolf, Jvittau 25; Gemeindevorstand Betsau 50; Bachmann, Oberdorf 10; Polach, Professor, Brünn 200; Kreisorganisation Teplitz-Soos 500; Franz Franz, Jolobersinpektör 20; Glasarbeiter Ortsgruppe Angelweh 150; Auffig, Sektion VI 75; Auffig, Elektrizitätswert (Böhmerwald) 200; Kleinbauern in Mikal, Post Gschepitz 32.10; Bierdorf (Lanzunterhaltung), 33; Lokalorganisation Gostitz 50; Lichtblau Rudolf, Jvittau 25; Stadtamt Graupen 300; Lokalorganisation, Kvitkau 92; Lokalorganisation, Hölleischen 912; Franz, Jolobersinpektör (statt Namen auf das Grab des La-

ters des Franz Konahes) 20; Auffig, Sektion II 50; Schram A., Prag II. 300; Segenschmid, Prag-Smichow 20; Sackel R., Prag I. 50; Diehl Gustav, Prag 50; E. R., Prag 200; Klub deutscher Buchdrucker, Prag 50; Krusch Josefina, Prag XII. 30; Schmalka Ernst, Teplitz-Schönan 100; Bed Emanuel, Dr. Teplitz 50; Bed Max, Dr. 50; Ortsgruppe Teplitz des Verb. der öffentl. Angestellten (Straßenwärterverband, u. Vorst. Ztg.) 102; R. S., Prag 30; Schwarz Rudolf, Dr., Jolan 100; Sternberg Carolina, Jomissa 500; Bach Theodor, Professor Dr., Prag VII. 50; Kürtlich Julius, Prag 10; Kössel Otilie, Prag III. 30; Union der Textilarbeiter Zentralgruppe, Aich 100; Bezirksverwaltung des Bezirksvereins Reicha 62; Ungenannt Baderlag Nr. 258 (Unionbank) 200; Böhm Ludwig, Prag 20; Deiml Eduard, Professor, Prag V., Mikulaska 32 50; Verein d. deutschen Staatsangehörigen Prag II., Krafkova 21 20; Klupina Maria, Stanok 50; Käser Josefina, Prag 26; Gemeindevorstand Setzenz 200; Lokalorganisation Obersdorf 100; Neumann Auguste, Prag XII. 20; Kämpfer Trabe, Prag 100; A. S., Rados 10; Beamtin der Firma August Höder, Prag 151; Lokalorganisation Steindorf-Altstadt 100; Lokalorganisation Pommerle bei Auffig 350; E. W. J., Prag 100; Drift Hugo, Prag 100; Dieblich Ida, Prag 20; F. R., Prag 10; 4 Mitglieder der Loge „Fritan“, Prag 145; Rann Siegmund, Direktor, Prag 200; Ungenannt, Prag 10; Ungenannt, Prag 20; Adler, Direktor, Prag 100; Ungenannt 55; Franz Wiskowits 10; Rohler A., Prag 20; Theumann J., Prag 20; Lokalorganisation Grobnyhly 55; Fleischner E., Prag 20; Graf J., Prag 6; Hoch E., Prag 5; Czerny, Wäldenschwert 16; Familien Jabanisch und Wänsch aus Breditz 25; Baum Richard, Kuffel 20; Verband der Eisenbahner Wiela bei Oberleuten-dorf 100; Sozialdemokrat. Sängerbund, Prag 50; Krous Elise, Teplitz 30; Lokalorganisation Litzitz 200; Kollnitsch Elie, Prag 500; Petzold, Prag 200; Kauf, Prag 50; Vichtenthan Oskar, Prag 50; Reuschel H., Prag 20; Frau Horst E., Prag 100; Stranzky Albert, Prag 100; Deutsch Moritz, Prag 200; Löwit A., Ing., Hohenelbe 500; Tischgesellschaft Café „Rissa“ 100; Ungenannt, Prag 50; Denier Elise, Prag I. 30; Frau Hadenberg, Prag 100; Uebertrag einer Kramka-Kinovorstellung 230; Abeles Maria, Prag 20; Frau Raubner, Prag 10; Frau Jarosch, Prag 6; Temeles G., Prag 20; Schneider Karl, Jdige 10; Treulich, Prag XII. 20; Artt Anna, Prag XII. 5; Wondreis Emille, Prag 20; Kirchner, Smichow 5; Rohm Josef, Prag 20; Kraus, Sekretär, Prag 5; Dehl Emil, Prag 5; Technisches Personal „Prager Tagblatt“ 200; Groß Maria, Prag 100; Groß Lotte, Prag 50; Kraus Hann, Dr., Prag 5; Simler Rudolf, Prag 10; Chleman Franz, Dr., Prag 10; Runt a. spol., Prag 10; Pilsch Fritz, Prag 10; Hochschmidt Julius, Prag 10; Maršál Paul, Prag 15; Blant Johann, Prag 5; Großverkaufsgesellschaft für Kor-, ungewerliche, Prag 300; Brodacz Karoline, Prag 20; Schleginger Beria, Prag 10; Schmiedt Magdalena, Prag 30; Gampel Josef, Prag-Smichow 20; Fode Karl Eduard, Prag 20; John Emil, Prag 20; Bellisch Arthur, Prag 10; Lokalorganisation, Jahn bei Bissen 100; Reiz Anna, Teplitz 30; Lokalorganisation Agerdorf 380; Lokalorganisation Wäldorf 40; Frauenorganisation Wäldorf 20; Dollinger Martin, Prag 20; John Stanislova, Prag 6; Neustall Oskar, Prag 20; Helmel Wla, Prag 25; Schlander R., Prag 10; Frau Brandl, Jvittau 10; Fischer Antonie, Prag 20; Ungenannt, Prag XII. 500; Herget Franz, Prag 10; Redaktion und Verwaltung des „Sozialdemokrat 222; Sammelliste des Personals der deutschen agrarischen Truderei 128; Direktion und Beamtenschaft der Zentralbank der deutsch. Sparr., Prag 1110; Klub deutscher Buchdrucker, Prag 50; Wiskowits, Dr. Prof. Prag II. 50; Neubauer Viktor, Prag III. 30; Neuner, Prag 10; Königer Karl, Prag 100; Schwarz Josef, Weinberge 738.70; Sewit Otto, Prag 10; Personal der Großverkaufsgesellschaft für Konsumvereine, Prag 4525; Böhmisches Union-

Copyright 1924 bei Buchhandlung Schnalder u. Co., Wien.

# Vom Baume des Bösen.

39 Von Marcel Berger.

„Unter unserem Dache“, sagte der Deutsche möglich feierlich, „weilt ein Mann — Sie wissen, von wem ich spreche — der durch eine einzige Geste den Krieg hätte verhindern können!“

„Sie Cecil? Er war doch damals gar nicht an der Regierung.“

„Trotzdem hat ihn König Georg am 30. Juli zu sich kommen lassen, um ihn zu fragen, ob England sich entschließen solle, mit Frankreich gemeinsame Sache zu machen. Alles hing von dieser Entscheidung ab. Und er entschied, die Dinge so laufen zu lassen, wie wir es erlebt haben.“

Ich war über dieser Erzählung nicht sehr überrascht, denn ähnliche Ansichten über die Rolle Englands waren mir schon im Laufe verschiedener Konferenzen zu Ohren gekommen. Ich schüttelte den Kopf. Möglich hörten wir einen lauten Aufschrei. Dem Großfürsten Feodor war es endlich gelungen, das Glas, das er in der Hand hielt, mit einem ungeduldigen Faustschlag auf den Tisch zu zertrümmern. Aus mehreren Schnittwunden spritzte sein Blut. Er schrie heimgeschlagen und durchdringend wie ein verwundetes Tier.

Der Oberst, der sich zu uns gesellt hatte, schien besorgt, daß er die Unterredung mit Weisweiler nicht mehr werde fortsetzen können, und sagte indiguen:

„Der Mann soll nicht so brüllen!“

vor dem Gesichte herumschaltete, rief ihm Baron Hofbeck die Schläfen mit Stognal ein.

„Kölnner Wasser hätte nämlich bei ihm keine Wirkung.“

„Wenn man alles genau überlegt“, nahm Herr von Weisweiler den Faden des Gespräches mit weicher Stimme noch einmal auf, „so waren einzig und allein die Amerikaner wahrhaft friedfertig gesinnt.“

„Trotzdem ist es euch gelungen, sie gegen euch einzunehmen.“

Er erwiderte:

„Damals kannten sie uns noch nicht.“

Oberst Simpson strich mit den Fingern unter dem Arm um uns herum und machte mich nervös.

„Ihre Ansicht über die Amerikaner ist hoffentlich nicht durch den Umstand beeinflusst, daß Sie jetzt wieder Beziehungen mit amerikanischen Finanzleuten anknüpfen.“

Philipp wandte sich an den Obersten:

„Und Ihre Meinung, Herr Oberst?“

„Worüber?“

„Nun über das kleine Problem, das uns seit einer Viertelstunde beschäftigt: Die Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch.“

„Ich bitte Sie, zu entschuldigen“, sagte er, „ich bin Ihrer Konversation nicht gefolgt. Wenn ich eine Meinung abgeben darf, so möchte ich bemerken, daß dieser Krieg ein unerhörtes Zeitverloß war.“

„Wenn nur sonst nichts verloren gegangen wäre!“

„Die Zeit allein hat Wert“, erwiderte er, „besonders für den Geschäftsmann.“

Er ließ einen tiefen und unhöflich prüfenden Blick über uns gleiten:

„Wir prüften hatten nämlich Wichtigeres zu tun. Wir arbeiteten.“

Philipp führte mich beiseite. Ich gab ihm

zu, daß die dämonische Art, in der er jeden dazu gebracht hatte, keine geheimsten Gedanken preiszugeben, mich verblüfft habe. Aber schließlich sei damit nichts bewiesen, denn daß der Mensch des Menschlichen Feind sei, wäre nie bezweifelt worden.

„Ich wollte auch nichts beweisen“, sagte Philipp trocken, „außer, wie ich schon bemerkt habe, daß um keinen der Anwesenden schade wäre, wenn irgendeine Katastrophe diese Erde der Welt, in der wir uns befinden, verschlingen sollte.“

„Ich bitte um Gnade für Evelyn“, versuchte ich zu scherzen.

„Ich weiß nicht.“

„Du mußt anerkennen, daß sie unschuldig ist.“

Er wiederholte ernst:

„Ich weiß es nicht.“

### XVI.

Das Orchester hatte einen gefühlvollen Boston zu Ende gespielt. Miß Simpson kam glühend vom Laute und trotzdem frisch und verführerisch, daß man den Kopf verlieren konnte, auf uns zu. La Tour-Aymon wandte sich heftig ab, als ob er es vermeiden wollte, mit ihr zusammenzutreffen. Ich fragte sie:

„Unterhalten Sie sich, Evelyn?“

„Baldmöglich!“

„Ist es nicht auf die Dauer ein wenig eintönig, immer mit demselben Partner zu tanzen?“

„Warum läsen Sie Dardignes nicht ab?“

„Ich könnte ihn doch nicht ersehen.“

„Er ist tatsächlich heute Abend in brillanter Form“, sagte sie. „Aber was hat Philipp? Es sieht aus, als wolle er mir ausweichen.“

„Der Kerne ist eifersüchtig.“

„Schade, aber ich kann ihm nicht helfen. Sie sind es hoffentlich nicht? Uebrigens wissen

Sie, daß ich Ihre Gesellschaft jeder anderen vorziehe.“

„Sehr schmeichelhaft“, sagte ich, „aber wir Männer sind sonderbare Schwärmer und es wäre mir vielleicht lieber, an Marius' Stelle zu sein und Sie in meinen Armen beben zu fühlen.“

Evelyn sah mir mit großen, heißen Blicken in die Augen:

„Sie haben eine Art, solche Dinge auszusprechen.“

„Wie ich sie empfinde!“

Unsere Pupillen hobrien sich ineinander. Ein undefinierbares Fluidum umfing uns. Ich fühlte die sinnliche Leidenschaft für dieses blonde Geschöpf in mir überlandnehmen.

„Schauen Sie mich nicht so an“, murmelte ich errötend.

„Warum?“

„Warum? Sie sind sehr unvorsichtig, Nobles Kind!“

„Dieser Abend hat mich in eine merkwürdige Stimmung versetzt“, rief sie aus: „ich kann mich vor Jugend und Lebenslust kaum halten.“

Sie lachte hell auf. Ein aufreizendes Lachen.

„Und Sie, mein Lieber, sollten sich misgerissen fühlen.“

Ich stellte mich kalt und fragte mit philosophischer Ruhe:

„Können Sie Ihr Gefühl analysieren? Ist es ein unangenehmes oder ein angenehmes Gefühl, das Sie empfinden? Es interessiert mich wirklich.“

„Meine Empfindungen sind schwer zu beschreiben. Es ist wie wenn man sich von einem hohen Balkon über einen Abgrund bengt. Schwindel. . . und trotzdem etwas Süßes und Verlockendes.“

(Fortsetzung folgt.)

Genf, Prag 500; Stuy Edward, Prag 300; Sekretariat der deutsch-sozialdem. Arbeiterpartei 75; Angestellte des Lehr. d. deutsch-sozialdem. Arbeiterpartei 140; Lok.-Org. Maria Ratschky 10; Gesamteinnahmen 26.968.08 Kronen.

Sebarung.

Von den Gesamteinnahmen per K 26.968 wurden ausgegeben: Per Anweisungen auf Waren K 28.090, per Bargabgaben K 610, per Spenden für Druckkosten, Expediteur, Porto usw. 1.606, per Ueberweisung an die Jugendfürsorge 1.571, zusammen 26.968 Kronen.

Verteilungs-Aktion.

Bei der Ausgabe der Warenanweisungen wurden berücksichtigt: Gemeinde Weid 23 Beteiligte, Betrag 1600 Kronen; Ronsberg 49, 2500; Wassergruppen 14, 600; Bollman 25, 1540; Kimmorgut 19, 1410; Mauthaus 12, 790; Schwabenbrücke 14, 830; Witz 21, 1360; Rindl 11, 700; Berg 12, 780; Schwarzach 33, 2100; Ebenhorn 11, 610; Mittersdorf 48, 2080; Seefeld 15, 860; Mühldorf 5, 330; Waier 16, 1000; Prohauz 7, 520; Siodan 17, 1180; Witzsch 8, 590; Seiffenkreuz 11, 580; Wittenau 2, 120; zusammen 378 Beteiligte, 23.080 Kronen.

Ueberweisungen der Post: Romanice K 150; Ronsberg 50, Witz 100, Paulusbrunn 100, Witzsch 60, Philippshütte 100, Poadorf 50, zusammen 610 K. Für das Komitee „Böhmerwaldhilfe“: Moriz Deutsch, Viktor Lehmer, Chmann, Raffier.

Inland.

Der Raufeldzug des verhin- derten Diktators.

Die letzte Prager Faschisten- versammlung.

Dr. Kramar? weiß heute so gut wie nur irgend einer seiner Freunde und Freunde, daß er nicht der Nachfolger Masaryks werden wird, auch wenn die tschechische Bourgeoisie dem Begründer ihres Staates nicht mehr an die erste Stelle in der Republik berufen sollte. Kramar? weiß, daß er zum zweitenmal der Enttäufchte sein wird, daß ein anderer, der viel jünger, viel geistvoller ist als der ehemalige Vizepräsident des österreichischen Reichsrates, der Nachfolger Masaryks wird, wenn eine solche Nachfolge ernstlich in Frage kommt. Kramar? dürfte auch wissen, daß die Spekulation auf die faschistische Diktatur keine Aussicht mehr hat, daß mit der Herrschaft Sajdas auch die Chancen der tschechischen Schwarzgehenden geschwunden sind und es großer Fehler der Arbeiterschaft bedürfte, um den Faschismus in den Sattel zu helfen. All das weiß Dr. Kramar? und dennoch heizt er gegen Masaryk, arrangiert er Versammlungen auf Versammlung und Affäre auf Affäre, um die „Burg“ zu erobern. Nicht immer zielt er auf den Kopf Masaryks selbst. Zeitweilig ist es Benes, dem er besonders Sorgfalt widmet, dann irgendein kleinerer Stützpunkt der Burg. Immer aber weiß man, daß die Unternehmen Kramars dem Staats- oberhaupt gelten und seit der Wahltermin in die Nähe gerückt ist, hat der Kampf Formen angenommen, die allzu deutlich die nachsichtigen, blinder Wut folgenden Pläne des Erhebers verraten. Mittwoch fand in Prag eine Versammlung der „goldenen Jugend“ statt, der Bourgeoisie, die sonst in Bars und Landgasthöfen, in Spielhöhlen und erotischen Zirkeln ihre Zeit verbringen, jener Leute, die von allem Anfang in der Politik nur ein Mittel sehen, den Reichtum ihrer Väter vor den Zugriffen der bestillosen Massen zu sichern. Diese zu reifen Durschen demonstrieren gegen Masaryk und Benes, diese Söhne der Bankdirektoren und Industriellen bekennen sich zum „Geiste“ der tschechischen Revolution! Sie urteilten über Masaryk und Benes!

Der Geist Rasins wurde herausgeschworen und der Sohn des Ermordeten hielt eine große Brandrede gegen Benes, der seinerzeit die Hege gegen Rasin gestiftet haben soll. Neben dem Dr. Rasin traten noch mehrere Doktoren auf, so der Herr Dr. Klima, der wieder Masaryk kritisierte, weil er zu seinem Volke in einer fremden Sprache spreche, der Dr. Duzek, der den Kampf gegen die Korruption predigte, was in einer Versammlung angehörender Bankdirektoren nicht einmal die entsprechende Komit auslöste, und dann sprachen noch die Herren Dr. Cervinka, Dr. Watter, Dr. Sindelar und andere. Bezeichnend war, daß in dieser Versammlung, zu der man nicht das breite Volk geladen hatte, die sonst üblichen Phrasen vom Klassenveröhnenden Faschismus, von der Zusammenarbeit aller Schichten der Nation, mit denen man die kleinen Leute zu fangen sucht, nicht mehr zu hören waren, dafür aber manch kräftiges Bekenntnis zur Bourgeoisie. Wir sind Bourgeois und überzeugte Verteidiger des Besitzes, das war ungefähr der Tenor der Reden. Der tschechische Faschismus scheint also den Weg vom revolutionären Schwindel zur offenen Reaktion sehr rasch bewältigt zu haben. Durch diese Bekenntnisse hat die Versammlung an Wert gewonnen; nur vor den Kapitalistenbörsen magte man so offen das Programm des Faschismus zu enthüllen.

Natürlich wurde Kramar? als der „einzige Gentleman“ der Nation bezeichnet (— was Wunder bei einem Freunde des Kaisers Franz Josef, der doch unter die „ritterlichsten“

Der neue Völkerbund-Rat.

Benes für ein weiteres Jahr in den Rat gewählt.

Genf, 16. September. Die heutige Sitzung der Völkerbundsversammlung wurde um 10 Uhr 30 durch den Vorsitzenden, den jugoslawischen Außenminister Dr. Rindic, eröffnet. Es wurde unmittelbar zur Wahl der neun unabhängigen Ratsmitglieder geschritten. Kandidaten waren Scialoja (Italien) und Baron Jihii (Japan).

Am 11 Uhr 20 gibt der Vorsitzende den Ausgang der Wahlen bekannt. An der Abstimmung beteiligten sich sämtliche 49 anwesende Staaten. Die zur Wahl notwendige Mehrheit betrug 25. In der ersten Wahl wurden von den neun Mandaten nur acht besetzt, wodurch es notwendig wurde, den neunten Sitz durch engere Wahl zu bestimmen. Hierbei wurde die Tschechoslowakei, obwohl sie gar nicht kandidierte, gewählt, indem sie 27 Stimmen erzielte. In engerer Wahl erzielten weiter Finnland 11, Portugal 7 und Irland 4 Stimmen.

In zweiten Wahlgang wurden drei erwählte Staaten, nämlich Polen, Chile und Rumä-

nien, als Ratsmitglieder für drei Jahre erklärt und sodann im dritten Wahlgang Columbien und Holland mit je 47 und 49 Stimmen und China mit 34 Stimmen auf zwei Jahre in aus wvovovv udhahvovv vj vjvovv vov vov fallen also auf Belgien, die Tschechoslowakei und San Salvador.

Nach Abschluß der Wahlen vertiefte der Präsident den schriftlichen Antrag Polens auf Verteilung der Wiederwählbarkeit gemäß Art. 4, Abs. 2, des neuen Wahlreglements. Weitere Anträge auf Wiederwählbarkeit liegen nicht vor.

Bei der Abstimmung wurden 44 gültige Stimmen abgegeben. Die Zweidrittelmehrheit, die zur Erklärung der Wiederwählbarkeit notwendig war, betrug 30. Für die Wiederwählbarkeit sprachen sich 36 Stimmen aus, acht waren dagegen. Der Vorsitzende Dr. Rindic gibt sodann bekannt, daß Polen nach Ablauf seines jetzigen Mandates wieder gewählt werden kann.

Die Sitzung wurde um 13 Uhr geschlossen. Die nächste Sitzung findet Samstag statt.

Zusammentunft Briand—Stresemann.

Paris, 16. September. Briand und Stresemann haben für morgen eine Besprechung zur Beratung einer Reihe ihrer Länder betreffenden aktuellen Fragen vereinbart. Um der Aufmerksamkeit und Reugierde der Journalisten zu entgegen, werden sie wahrscheinlich an irgend einem Ort außerhalb Genfs zusammen treffen.

Deutschland und Polen.

Berlin, 16. September. Der sozialdemokratische Pressebericht meldet aus Genf: Die Wiederwahl Belgiens ist in erster Linie auf die Persönlichkeiten Banderdelbes zurückzuführen. Auch Benes ist in Völkerbundsreisen allgemein geschätzt und als Arbeitskraft besonders geschätzt. Die Rückkehr seines Landes in den Rat war trotzdem nicht ganz so einfach, weil damit der Einfluß der Kleinen Entente bei der gleichzeitigen Wahl von Rumänien verhärtet wurde. Von diesem Gesichtspunkte aus stiminten neben Deutschland fast die Hälfte der Mitgliedsstaaten gegen ein Mandat für die Tschechoslowakei, so daß eine Stichwahl notwendig wurde.

Die deutsche Delegation hat trotz telegraphischen Einpruches von Hindenburg für den polnischen Sitz gestimmt, sich jedoch bei der Abstimmung über die Wiederwählbarkeit der Stimme enthalten, nachdem es nicht gelungen war, Belgien ebenfalls zu einer Kandidatur zu veranlassen.

Monarchen gezählt wurde! —) und neben ihm liegen die Zwischentrufer etwa noch den kommunistischen Kengaten Dalezal gelten. Nach der Versammlung wurde ein Zug zur Kramar? Villa arrangiert, den die Polizei verpönderte. Dagegen konnten gröhnd und rausend die Faschisten bis zum Wenzelsplatz vordringen, da die Polizei wie immer diesen Herrschaften gegenüber nichts als Höflichkeit kennt. Den scharfen Ton braucht sie für Arbeiterdemonstrationen!

Die Kramar?blätter sprechen von einer „großen, klaren Antwort“ (auf Benes Brief an die Legionäre). Aus dem eigenen Bericht dieser Blätter kann man aber nichts entnehmen als die alten, müßen Schimpfereien.

Die Sprachenverordnung bringt einen Polizeidirektor um den Verstand.

Das für eine Verwirrung in den Köpfen der tschechoslowakischen Staatsangestellten die Sprachverordnung angerichtet haben, ersticht man aus einem Vorfall, der sich in Mährisch-Osttrau ereignet hat. Der kommunistische Abgeordnete Krizak hat, wie das „Rude Právo“ berichtet, der Polizeidirektion in Mährisch-Osttrau angezeigt, daß er dakelst das in ungarischer Sprache erscheinende Blatt „Munkas“ herausgeben werde. Die Polizeidirektion hat jedoch mit Zuschrift vom 14. September dem Genannten mitgeteilt, daß sie die Anzeige nicht zur Kenntnis nehme und die Herausgabe des Blattes im Bereiche der Mährisch-Osttrauer Polizeidirektion verbiete. In der Begründung wird gesagt, daß tschechoslowakische Staatsbürger nach der Verfassung zwar das Recht haben, Zeitungen herauszugeben (nach dem Wörtchen „jwar“ zu schließen, scheint die Polizeidirektion diese Verfassungsbestimmung lebhaft zu bedauern) daß aber die Kenntnis des Rechts haben, die Zensur durchzuführen. Nach der Sprachenverordnung müssen aber die Armer Eingaben in einer anderen als der Staatsprache nur dann entgegennehmen, wenn in dem betreffenden Ansbereich mindestens zwanzig Prozent der Bewohner einer Minderheitsnation angehören. Wenn diese Ansicht richtig wäre, dann dürfte natürlich auch in Prag keine deutsche Zeitung erscheinen. Die Auffassung des Beamten kann man nicht anders als eine Trottelerei bezeichnen, denn eine Zeitung ist keine Eingabe und wenn der Staat die Zensur ausüben will, muß er eden Beamte haben, die die Sprache verstehen. Die Sprachenverordnungen scheinen auf monche Beamte so gewirkt zu haben, daß ernstlich an ihrem normalen Geisteszustande gezweifelt werden muß.

Die Kommunisten und die Genossenschaften.

Im gestrigen „Rude Právo“ findet sich ein Zeitartikel über „Genossenschaftsbewegung und Klassenkampf“ von Ladislav Hydra, an dessen Schluß es heißt: „Die kommunistischen Genossen-

Das Ergebnis kann keinesfalls als Sympathie- fundgebung für Polen gedeutet werden. Es ist juridisch auf die praktische nächstern Auf- fassung vieler Mitgliedsstaaten, daß eine gewisse Stabilität für die Vertretung der mitteleuropäischen Staaten im Rat von Nutzen ist. Polen hat es für selbstverständlich gehalten, daß Deutschland für seinen Ratsitz stimmt, während sein Außenminister in Genf dieses Entgegenkommen bisher nicht einmal durch einen Höflichkeitssatz anerkannt hat. Ihn treibe hierzu weniger die Abneigung gegen diese Höflichkeit, als die Befürchtung, daß bei einer solchen Höflichkeit die deutsche polnischen Probleme besprochen werden könnten. Unter diesen Umständen darf man sich nicht wundern, wenn schließlich die deutsche Delegation einstimmig beschloß, der an sich vorläufig bedeutungs- losen Wiederwählbarkeit Polens die Zustimmung zu verweigern, obwohl damit nichts erreicht wurde, und von vornherein feststand, daß sich an dem schlichten Ergebnisse nichts ändere.

schafter haben eine große Aufgabe: die Genossenschaftsbewegung in den Klassenkampf einzuordnen. Die Angehörigen der kommunistischen Partei sollen bis zum letzten Mann ordentliche Mitglieder der Genossenschaften sein und sich an der aktiven Arbeit in der Genossenschaftsbewegung beteiligen. Die Pflicht, sich genossenschaftlich zu organisieren, muß der Gegenstand von Verhandlungen aller unserer Betriebszellen sein und die Arbeit für die Genossenschaftsbewegung muß ein Teil ihrer organisatorischen Tätigkeit sein. Das ist die erste Voraussetzung dafür, damit die Genossenschaftsbewegung bei uns dem revolutionären Kampf proletarischer Massen dient.“

Es ist natürlich nichts dagegen einzuwenden, wenn die Kommunisten ihre Anhänger auffordern, sich genossenschaftlich zu organisieren. Die Genossenschaftsbewegung bei uns zulande ist aber immer ein Teil der proletarischen Klassenkampf- bewegung gewesen und muß nicht auf die Kommunisten warten, um in den Klassenkampf eingegliedert zu werden. Wie viele der kommunistischen „revolutionären“ Genossenschafter haben noch die Schulbank gedrückt als die Genossenschaftsbewegung bereits der dritte Akt am Baume der Klassenbewegten Arbeiterbewegung gewesen ist.

Im übrigen ist mit heranziehenden Ankündigungen der Kommunisten demöhnlich die Absicht verbunden, die zerklebende kommunistische Tätigkeit in den Arbeiterorganisationen zu verstärken. Keilich ist die Zeit, wo derartige kommunistische Phrasen noch eine Anziehungskraft ausgeübt haben, vorbei und die Kommunisten werden auch mit ihrer „Revolutionierung“ der Genossenschaften nicht viel aufstrecken.

Die Legionäre für das Soldatenwahlrecht. In der letzten Konferenz der tschechoslowakischen Legionärsgemeinde wurde eine Resolution angenommen, in der sich die Gemeinde damit einverstanden erklärt, daß keine Politik in die Armeee getragen werde. Es heißt dann weiter, es sei damit nicht gesagt, daß die Politik in der Armeee im Soldatenwahlrecht erblidit werden könne; Wir verharren deswegen auf der Beibehaltung des Wahlrechtes der Soldaten und Gendarmen.“

Faschistisches. In der Zeitschrift „Fitomnost“ stellt Ferdinand Veroufka unter dem Titel „Dr. Kramar? hat sich entschieden“ fest, daß die nationaldemokratische Partei sich schon anlässlich der Wahlen mit dem Faschismus identifiziert habe. Die ersten faschistischen Kampfformationen wurden in die Versammlungen der nationalen Arbeiterpartei geschickt, es wurde politisch festgestellt, daß die faschistischen Angreifer für den Besuch der Versammlungen im Sekretariat der Nationaldemokratie bezahlt wurden, daß also die große Liebe zur Nation und die Schwucht nach dem nationalen Staat, was Dr. Kramar? alles als Grundloge des Faschismus bezeichnet, in den Anfängen der Bewegung mit Trinf-

geldern angefeuert werden mußte. In seinen letzten Erklärungen habe sich Dr. Kramar? für die schwarze Fahne erklärt. — In einer Nachricht der „Edvob Robinu“ wird gemeldet, daß Mittwoch General Sajda in Prag eintrat und eine Faschistenversammlung in voller Generalsuniform besuchte. In der Versammlung hielt er eine kleine Ansprache, in der erklärte, die Faschisten würden sich gegen alle diejenigen stellen, die gegen ihr Programm seien.

Strikbrn. In der „Edvob Robinu“ erzählt Dr. Jaroslav Stranffy Persönliches über Strikbrn, das nicht geeignet ist, diesen Politiker in ein günstiges Licht zu stellen. So sei Strikbrn in Begleitung des damaligen nationalsozialistischen Abgeordneten Bojna am 26. Juli 1914 beim Reichshaus von Bohmen Fürsten Thun gewesen und die beiden hätten von ihm die Enthebung vom Militärdienst verlangt. Begründet hätten sie dies damit, daß sie das „Ceste Slovo“ fest in den Händen haben müßten, damit es sich in den beginnenden Konflikten gut verhalte. Dazu sei ihre Enthebung unbedingt notwendig. Was die Vermögensverhältnisse Strikbrns anbelangt, erzählt Stranffy, daß Strikbrns Bruder Franz ein beim Umsturz völlig mittelloser Mensch wurde mehrerer Millionen fr. Diesen seinen Bruder hat Strikbrn im August 1925 als kleinen Finanzminister bezeichnet. Stranffy glaubt, daß eine von den Nationalsozialisten eingeleitete Kommission, die die finanziellen Angelegenheiten Strikbrns untersuchen würde, manches herausbringen könnte. Wie die Aktien der Raschau- Oberberger Bahn gesucht wurden, wie in Deutschland Lokomotiven und Waggonen bestellt und gekauft wurden, wie man bei Lieferungen von Schienen und Schwellen vorgegangen ist, welche Verträge man über die Lieferung von Kohle abgeschlossen hat, das alles sollte schon einmal aufhören, Gegenstand von Klaffereien in Couloirs, Kantinen und Redaktionen zu sein, was aber nur erzielt werden kann durch eine ordentliche systematische Untersuchung.

Das Präsidium der Abgeordnetenkammer hält Montag am 20. d. um 15 einhalb Uhr eine Sitzung ab. (Parlamentarische Korrespondenz.)

Die Raue der Faschisten.

Trotz gegenteiliger Versprechen neue Gewalttaten gegen Unschuldige.

In Rom sind in den Stadtteilen der Peripherie viele Arbeiter mit Stöcken geschlagen worden. Die Redaktionen der Oppositionsblätter waren gut bewacht, so daß ihnen nichts zugestohlen ist. Einzige die Räume der sozialistischen „Giustizia“ wurden in üblicher Weise von einer Kette von Squadrillen überfallen, die Zeitungen und Möbel aus dem Fenster warfen und dann von einem Musketier Mussolini und einem Unteroffizier der Miliz zum Weggehen aufgefordert wurden. Viele beiden geschlagen die Tintenfüßer und alles, was ihnen in die Quere kam, und demüchtigten sich der in den Räumen befindlichen Papiere. Die der „Amstbauhung“ bewohnende Genossin Verda-Ölberg wurde ebenso wie die Maschinenführerin der Parteivorstandes mit Verhaftung bedroht, als beide Einspruch erhoben gegen das Fortschleppen der Papiere ohne Protokoll. Am Ende erschien der Polizeikommissar, der den Bewachern die Hand drückte; der Sachschaden wurde aufgenommen, genau wie das vorige Mal, das auch zu keinerlei gerichtlichem Nachspiel Anlaß gegeben hat.

Die Angestellten des Parteivorstandes stellen sich kirchlich fest, daß diese — die erste — Inzitation der Lokale des Parteivorstandes und der „Giustizia“ die unschuldigste von allen war, da sich die Räume durch Vermittlichkeit der Ausstattung an die Anforderungen der Zeit angepaßt haben. Drei Stühle wurden von den Marinierern vor dem Verbrennen gerettet, die übrigen gaben zusammen mit großen Stühlen der „Giustizia“ einen fröhlichen Scheiterhaufen. Durch eine merkwürdige Ideenverbindung will man jetzt die emigrierten Faschisten Cesare Rossi und Carlo Boggi als Mandanten des Attentates ansehen. Darum hat man einen Freund dieser Herren, den früheren Sozialisten und späteren Faschisten Antio Sufi in seiner Villa angefaßt, hat ihn durchgeprügelt und die Wohnung geplündert. Man weiß von Cesare Rossi aus der alten Zeit der Waffenbrüderschaft, daß er sich gut darauf versteht, Verbrechen zu organisieren. Aber man vergißt, daß es sich damals um Verbrechen handelte, für die die Auftragsgeber Straffreiheit gewährteisten konnten. Da findet man schon leichter Menschen, die für Geld und gute Worte zu haben sind, vor allem für Geld. Glaubst man im Ernst, daß Ermete Giovannini-Euceli aus Geldgier gehandelt hat? Das wäre eine schlechte Spekulation. Er ist aus einer Gegend, aus dem Normargebiet der Gargagnana, wo der individualistische Anarchismus allezeit Anhänger und auch gelegentlich Befürmer gefunden hat. Für Geld setzt niemand seine Ehre auf Spiel, geht keiner lebenden Auges aus der frangösischen Freiheit ins italienische Gefängnis.

Die Massengewalttaten haben schon angefangen. Natürlich nimmt man an, daß der Attentat Unschuldige gehabt hat. Die einen haben ihn mit zwei Männern gesehen, die anderen mit zwei Frauen, wieder andere wollen ein gelbes Auto bemerkt haben.

So geben wir einer verschärften Hege gegen die Opposition aller Schattierungen entgegen. Ein Faschistenblatt verhandelt, daß nunmehr auch die Opposition lernen müsse, „gefährlich zu leben“. Offenbar ist es jetzt mit dem bequemen Dasein vorbei, wie es Matteotti, Piccini, Amendola und Hunderte und aber Hunderte der Opposition zu führen bestanden.



Frau Wilson, die Witwe des verstorbenen Präsidenten der Vereinigten Staaten, ist, wie uns aus Karlsbad berichtet wird, daselbst eingetroffen und wird sich nach kurzem Aufenthalt nach Prag weitergeben.

Einschreibung an der Deutschen Technischen Hochschule in Prag für das Studienjahr 1926-27. Die Einschreibungen für das Studienjahr 1926-27 finden in der Zeit vom 24. September bis 8. Oktober statt, und zwar in nachstehender Reihenfolge: Neu eintretende Hörer (Inländer) am 24. und 25. September, bereits immatrikulierte Studierende (Inländer wie Ausländer) vom 27. September bis 5. Oktober, und zwar in alphabetischer Ordnung, die am schwarzen Brett der Hochschule kundgemacht wird. Neu eintretende Ausländer am 6., 7. und 8. Oktober. Die Aufnahmeprüfungen aus der Darstellenden Geometrie (9 Uhr vormittags) und dem Freihandzeichnen (2 Uhr nachmittags) für absolvierte Gymnasialisten werden für Inländer Freitag, den 24. September, für Ausländer Dienstag, den 5. Oktober, bei den betreffenden Lehrplätzen im Hauptgebäude, Fußgasse, abgehalten. Die Vorlesungen beginnen am 4. Oktober.

Dollarfragen über Europa. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat festgestellt, daß die amerikanischen Touristen, die im Jahre 1925 Europa besucht haben und noch besucht werden, insgesamt 700 Millionen Dollar in Europa gelassen haben gegenüber 500 Millionen Dollar im Jahre 1924. Außerdem seien im Laufe des Jahres von den aus Europa nach den Vereinigten Staaten Ausgewanderten 900 Millionen Dollar nach Europa geschickt worden. Wenn man annimmt, daß durch die Auswanderer und die Touristen durchschnittlich jedes Jahr 12 Milliarden Dollar nach Europa gelangen, so ergäbe sich daraus, daß in zehn Jahren soviel Geld aus Amerika nach Europa komme, als Europa in 68 Jahren an Schulden an Amerika zurückzahlen soll.

Feuermelder mit Fingerabdruck. Ein Mechaniker Hans Schwager hat einen neuen, feuerreichen Feuermelder zur Bekämpfung böswilliger Feueralarme konstruiert. Der Apparat kann nur in Tätigkeit gesetzt werden, wenn der Meldende zuvor an einer dreieckigen Angel seinen Fingerabdruck als späteres Erkennungszeichen abgedruckt hat.

Fräulein, die Hosen runter! Eine drohliche Szene spielte sich dieser Tage in Berlin ab. In einer Straße des Westens lief abends ein älterer Mann einem jüngeren Herrn nach und schrie häßlich: „Fräulein, ziehen Sie sofort meine Hosen aus!“ Schließlich gelang ihm, den Jüngling zu fassen, und schließlich zog er ihm unter dem Beifall der Menge die Hosen aus. Neu hinzukommende glaubten jedoch, daß es sich um einen Raubüberfall handle und verprügelten den alten Mann. So daß es zu einer wüsten Schlägerei kam. Schließlich ergab sich folgendes: Der junge verfolgte Herr war in Wirklichkeit ein junges Mädchen, das ebenfalls bei der Wirtin des älteren Herrn wohnte und dessen Abwesenheit dazu benutzte hat, um in seinem Sonntagsgewand auszugehen. Zufällig traf er den jungen Cavalier in seinem Anzug auf der Straße und geriet durch in maßlose Wut. Seine Hose erhielt er zwar, wie gefordert, sofort zurück, er selbst mußte sich aber bei einem Krampf die Wunden verbinden lassen, die er als vermeintlicher Räuber erhalten hatte.

Warnung vor der Peirat. Das Städtische Wohnungsamt in Waldenburg in Schlesien verleiht an alle Bronsporee folgendes Schreiben: „Obgleich wir bereits öffentlich gewarnt haben, zu betreten, bevor Sie eine Wohnung besitzen, wollen wir Sie heute nochmals persönlich darauf aufmerksam machen, daß Sie vor acht bis zehn Jahren keine Wohnung zugewiesen erhalten können. Sie dürfen daher nicht das Wohnungsamt verantwort-

lich machen, wenn sich Ihre Wohnungsverhältnisse unzureichend gestalten. Schade, Direktor des Städtischen Wohnungsamtes.“ Herr Schade macht sich die Lösung des Wohnungsproblems doch wohl etwas zu leicht.

Tötung aus Liebe. In Paris erschof ein Italiener ein Mädchen und stellte sich darauf selbst der Polizei. Bei der Vernehmung des Mörders ergab sich folgendes: Das hübsche Mädchen, Verkäuferin in einem großen Warenhaus, erwiderte eines Tages zu ihrem großen Entsetzen, daß ihr die Peirat ausfallen. Ein Arzt erklärte ihr, daß es für ihre Haare keine Rettung mehr gäbe. Das Mädchen war tobnussüchtig und erklärte ihrem Freunde, dem italienischen Studenten, immer wieder, „Lieber tot als häßlich“ zu sein. Sie quälte und bettelte ihren Geliebten manufächlich, sie doch zu erschließen, da sie selbst die Kraft zum Selbstmord nicht habe. Endlich gab der Student nach. Er wusch sie und dann sich erschließen. Nachdem aber der erste tödliche Schuß gefallen war, fehlte ihm die Energie zum Selbstmord.

### Volkswirtschaft.

#### Eine wichtige Entscheidung in der Urlaubsfrage.

Unter Umständen gebührt dem Arbeiter ein bezahlter Urlaub auch dann, wenn eine Arbeitsverhinderung mehr als sechs Wochen dauert.

Der Arbeiter A. K. aus Bodenbach klagte nach Beendigung des letztjährigen Kampfes der nordböhmischen Metallarbeiter die Firma Garms in Bodenbach auf Bezahlung des Urlaubes für das Jahr 1925. Die Klage entsprach einer gemeinsamen Vereinbarung zwischen den Organisationen der Unternehmer und Arbeiter, wonach die Entscheidung für alle Fälle präjudizial sein sollte. Das Bezirksgericht Tetschen stellte sich auf den Standpunkt, daß die Aussperrung unter die im § 6 genannten Verbindungen fällt, die den Urlaubsanspruch nicht aufheben und gab demgemäß der Klage statt. Das Kreisgericht Leitmeritz entschied als Berufungsgericht, daß aus dem ganzen Inhalt des Gesetzes nicht zu entnehmen sei, daß die Aussperrung eine Sonderstellung einnehme. Im Gegenteil seien sogar im sozialpolitischen Ausschuss und im Parlament dahinzielende Anträge der sozialistischen Parteien abgelehnt worden, woraus ganz eindeutig der Wille des Gesetzgebers hervorgehe, daß auch Streik und Aussperrung, wenn sie länger als sechs Wochen dauern, als Arbeitsunterbrechung im Sinne des § 1. Abs. 2 zu gelten haben. Die Angelegenheit wurde dem Erstgericht mit dem Auftrag zurückgestellt, es sei zu erheben, ob Vereinbarungen zwischen den Parteien über die Gewährung des Urlaubes im Jahre 1925 zustande gekommen seien und darnach das Urteil zu fällen.

Gegen diese Entscheidung des Berufungsgerichtes erhoben beide Parteien den Rekurs an das Oberste Gericht, indem sie ausführten, daß sie ausdrücklich darauf verwiesen hätten, daß eine Vereinbarung über den Urlaub 1925 nicht zustande gekommen, vielmehr vereinbart worden sei, die Gewährung des Urlaubes der Auslegung des Gesetzes durch die Gerichte anheimzustellen. Das Oberste Gericht gab beiden Rekursen statt und hob das Urteil des Berufungsgerichtes auf. In der Begründung heißt es, daß die Frage, welcher offenbar die Parteien und die Untergerichte den größten Wert beilegen, ob nämlich die Aussperrung eine Sonderstellung bei der Beurteilung der Arbeitsunterbrechung genieße, im Gesetz selbst klar und eindeutig beantwortet sei. Der § 6, Abs. 1 nennt als Gründe, welche den

Urlaubsanspruch nicht unterbrechen, 1. den Militärdienst, 2. Krankheit, Unfall oder einen anderen wichtigen, keine Person betreffenden und von ihm weder vorläufig noch durch grobe Fahrlässigkeit herbeigeführten Grund. Das Oberste Gericht definiert nun die Frage der einschuldigen Verfaämung so, daß der Gesetzgeber Krankheit und Unfall nur als Beispiele dafür aufzählte, was er sich unter den übrigen „wichtigen Gründen“ vorstellt; solche, die im Wesen den genannten Beispielen gleichen. Wäre es anders, so hätte der Gesetzgeber statt „ein anderer“, einfach „irgendeiner“ gebraucht. Das Oberste Gericht verwendet dafür, wie es glaubt richtiger, die Bezeichnung „Hindernis“ und sagt, dieses Hindernis müsse ungewissheit unmitelbar in der Person des Arbeitnehmers gelegen sein. Denn das Gesetz spreche ausdrücklich von „Verfaämung“ und „Entschuldigung der Verfaämung“. Die Verfaämung aber setzt voraus, daß jemand im Dienste steht, weil er sich nur dann für diese einschuldigen kann. Bei der Aussperrung kann aber von der Verfaämung keine Rede sein, weil sein Arbeitsverhältnis besteht, nachdem es durch Entlassung gelöst wurde. Die Entschuldigung ist dem Arbeitgeber zu melden, woraus folgert, daß er die Ursache der Verfaämung nicht kennt, bei der Aussperrung aber geht das Arbeitshindernis vom Unternehmer aus, so daß auch hier der Begriff der im § 6 genannten Ursachen nicht angewendet werden kann. Gerade für die Beendigung des Arbeitsverhältnisses und seine Wiederaufnahme lege ja das Gesetz im § 1. Abs. 2 die notwendigen Bestimmungen, fingiert aus Neuvollzug gegen den Arbeitnehmer die Wiederverneuerung des Arbeitsverhältnisses, als ob dies eine Fortsetzung des alten Verhältnisses wäre und erachtet die Aufhebung desselben nicht als Unterbrechung der Wartezeit, sondern bloß als deren Hemmung. Hierbei gehört die Entlassung (Aussperrung), der Streik (Austritt), die Kündigung. Das sind somit ganz andere Tatsachen als die Hindernisse des § 6.

Das Oberste Gericht lehnt auch eine Synthese des Urlaubsgesetzes mit den §§ 1154 und 1155 ab, da das Gesetz 67/25 eine besondere Frage regelt.

Das Hauptgewicht legt jedoch das Oberste Gericht auf die Auslegung des § 3, „der, wie das Gesetz enthält, weder von den Parteien noch von den Untergerichten verstanden wird.“ Der Sinn sei aber ganz klar: „Der 1. Mai ist infolgedessen der kritische Tag, als von diesem Tage an die einjährige Frist des § 1, welche den Urlaubsanspruch gewährt, bzw. die Frist von mehr als 10 und 15 Jahren nach § 2 zurückgerechnet werden und hinreichend, wenn diese Frist im Sinne des Gesetzes eine ununterbrochene ist, ein 6., 7. oder Stägiger Urlaub gewährt wird, allerdings erst im neuen Jahre, also nach dem ersten Mai für den verstrichenen Zeitraum. Wenn bis zum 1. Mai eine Hemmung der Wartezeit eintritt, muß zunächst die Zeit, während welcher die Hemmung währt, nach dem 1. Mai abgezogen werden und dann erst erwächst der Anspruch auf Urlaub.“

Auf einen Einwand des Klägers, daß bei strenger Auslegung des § 3 der Arbeiter, der vor dem 1. Mai gekündigt wird, überhaupt keinen Anspruch auf Urlaub hätte, erwidert das Oberste Gericht, daß bei dieser § 3 nicht so ausgelegt werden könne, sondern geradezu ausgelegt werden müsse. „Es ist dies freilich ein Fehler im System, auf dem das Gesetz basiert.“ so fährt das Oberste Gericht fort, „und könnte höchstens durch die Auslegung behoben werden, daß in einem solchen Falle der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer... den Lohn ausbezahlen muß, so daß sich der Arbeiter 6-8 freie Tage gönnen könnte, die er bezahlt hätte und somit ebenso daran wäre, wie wenn das Arbeitsverhältnis nicht vor dem 1. Mai aufgehoben worden wäre... Es läßt sich

auch der Fall unterstellen, daß... der Arbeitnehmer das Recht auf einen verhältnismäßigen Teil des bezahlten Urlaubs hat, wie z. B., wenn er am 1. März die 10tägige Kündigung zum 15. März erhielt, könnte er eine solche Urlofs von dem Urlaub verlangen, welcher der Zeit von 10 1/2 Monaten im Verhältnis zu 12 Monaten entspricht.“

Auf Grund dieser Erläuterungen kommt dann das Oberste Gericht zu dem Schluß:

„Hinsichtlich der Aussperrung gilt somit die Vorschrift des § 1, daß eine höchstens wöchentliche Aussperrung die Wartezeit bloß hemmt, eine Aussperrung in der Dauer von mehr als sechs Wochen sie dagegen unterbricht.“

Im vorliegenden Falle habe also das Berufungsgericht recht, wenn es sagt, daß infolge der mehr als sechs wöchentlichen Aussperrung das Arbeitsverhältnis unterbrochen wurde.“ Es ist jedoch noch nicht alles, denn es liegt hier ein anderer Mangel vor.“ Diesen Mangel bespricht das Oberste Gericht folgendermaßen:

„Die Aussperrung dauerte vom 18. April bis 15. Juni 1925, in welcher Zeit somit der 1. Mai 1925 fällt, so daß auf das Jahr vom 1. Mai 1924 bis 1. Mai 1925, für welches nach dem 1. Mai 1925 der Urlaub bewilligt werden sollte (§§ 3 und 12) von der Aussperrung bloß 13 Tage fallen, welche die Wartezeit bloß hemmen würden (§ 1, Abs. 2), so daß sich der Kläger diese 13 Tage nach dem 1. Mai 1925 abziehen könnte und es besteht die Frage, ob dies auf eine solche Weise zu rechnen sei.“

Ja, so ist es und muß es berechnet werden, wenn man einmal der 1. Mai als kritischer Tag anzusehen ist. Denn wenn nicht jedes Jahr er sich selbst berechnet würde, würde der Kläger nicht nur für das Jahr 1924-25, sondern auch für das Jahr 1925-26, also für zwei Jahre, keinen Urlaub erhalten, obwohl die Aussperrungszeit nicht genügt, um die Wartezeit für beide Jahre zu unterbrechen. Der Kläger könnte somit diese 13 Tage, die ihm auf das Jahr 1924-25 fehlten, nach dem 1. Mai 1925 abziehen.“

Das Urteil führt dann weiter aus, daß die Abkündigung freilich erst nach Beendigung der Aussperrung erfolgen konnte, das ändere jedoch nichts an der Sache. Wenn man im Jahre 1925-26 auf die Aussperrung 46 Tage, vom 1. Mai bis 15. Juni 1925 entfallen, so müsse das der Arbeiter erst im Jahre 1926 abbüßen, wenn eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses vorliegt.“

Dem Kläger gebührt somit ein Urlaub für das Jahr 1924-25, wenn er jene 13 Tage, die am 1. Mai 1925 auf dieses Jahr fehlten, nach dem 15. Juni 1925 ergänzte. Da dies bisher nicht ausdrücklich festgestellt wurde, obwohl es sich offenbar so verhält, ist es notwendig, daß sich die Parteien darüber äußern und das Berufungsgericht hierauf nach dem Ergebnisse der Ergänzung entscheide.“

Der wichtigste Rechtsgrundsatz, der in dem Urteil ausgesprochen wird, ist der, daß nunmehr eindeutig das Urlaubsjahr festgelegt ist, für welches dem Arbeiter der Urlaub gebührt und nicht das Kalenderjahr, daß die Unternehmer bei Entlassungen vor dem 1. Mai anzuwenden wollten. So konnte es vorkommen, daß ein Arbeiter, der auf den 30. April entlassen wurde, nur 2 Urlaubstage erhielt (ein Drittel für 4 Monate des laufenden Jahres), während er nach dem 1. Mai einen Anspruch auf 6 bezahlte Urlaubstage gehabt hätte. Damit ist diesem Unfug ein für allemal gesteuert und alle Arbeiter, denen bei Entlassungen vor dem 1. Mai nur der aliquote Teil des Kalenderjahres als Urlaubsentgelt ausbezahlt wurde, müssen sofort von den Unternehmern die Rückzahlung auf die aliquote Dauer des Urlaubsjahres verlangen.

Andererseits ist die Feststellung wichtig, daß auch ein Streik, der weniger als sechs Wochen dauert, nur als Hemmung, jedoch nicht als Unterbrechung zu werten ist, was die Unternehmer bisher bestritten. In der vom höchsten Industriellenverband herausgegebenen Erläuterung zum Urlaubsgesetz wird ausdrücklich erklärt, daß durch einen Streik der Urlaubsanspruch verwirkt sei. Diese Auffassung ist nach dem Urteil des Obersten Gerichtes nicht richtig.

Streik und Aussperrung, die länger als sechs Wochen dauern, sind freilich als Unterbrechung anzusehen, jedoch wird die Frage sein, wie zu entscheiden wäre, wenn vor und nach dem 1. Mai gestreikt wurde oder die Aussperrung verhängt war. Wahrscheinlich würde in diesem Falle das Oberste Gericht erkennen, daß der Urlaubsanspruch für das laufende Jahr gewährt ist, wenn die vier Wochen nachgearbeitet werden und sie würden dann im folgenden Jahre als nachgearbeitet zum Fehlen kommen, so daß dann erst im Jahre nach der Aussperrung oder dem Streik der Urlaub verwirkt wäre, wenn nicht besondere Vereinbarungen bestehen. Eine solche Vereinbarung ist nun für das Teplitzer Vertragsgebiet der Metallindustrie vorhanden. Sie sagt, daß Streik und Aussperrung nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses anzusehen sind, dies beziehe sich jedoch nicht auf den Urlaub 1925, der nach dem Gesetz zu gewährt ist. Das Gesetz spricht nun den Arbeitern den Urlaub für 1925 zu, für 1926 erhalten sie ihn auf Grund der protokolllarischen Vereinbarung, daß keine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses vorliegt.

Noch eindeutiger sind die Verhältnisse im Reichenberger Vertragsgebiet, wo der Streik erst am 8. Mai begann, nachdem bereits der ungewollte Anspruch auf den Urlaub 1924-25 erworben war. Auch hier wurde protokolllarisch vereinbart, daß für den Urlaub ab 1926 keine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses angerechnet wird. Die wichtige Entscheidung dürfte sich auf etwa 10.000 Metallarbeiter in Nord- und Nordwestböhmen beziehen.

### Prager Filmbräue.

„Der Wolf in Flammen“ Das herbende Volk betrifft sich ein geschichtlicher Universal-Film, dessen großartig angelegte, verwickelungreiche Fabel an einen Dumas'schen Roman erinnert. Das herbende Volk sind die Indianer, die in den heftiger und schmerzlicher Jahren des vorigen Jahrhunderts endgültig nach Westen verdrängt und auf gut Deutsch ausgedrückt, ausgespart wurden: diese Tragödie des Unterganges versucht der Film festzuhalten. In dem Film zu loben ist bloß die intelligenzvolle Regie, die eben so scharf unruhige Episoden wie wildwüchtige Massenmengen auf die Leinwand zu bannen verstand. Im übrigen ist das Stück eine reine Publikumsangelegenheit, die weiter in keiner Richtung irgendwelche befriedigende Werte aufweisen würde. In den Hauptrollen: Oscar Gibson und Daphne Harman. — Der Film ist natürlich tendenzlos gedacht, aber der geheime Zweck des Stückes ist zu durchsichtig, als daß man ihn nicht erkennen würde. Die rassistische, mit Woffenemot und Alkohol bewirkte Vernichtung und Ausrottung der einst so mächtigen Stämme der Indianer durch das menschenunwürdige Vorgehen der Weißen verstanden die Amerikaner so darzustellen als wären die Schwarzen Einzelner daran schuld gewesen, und die Besitzergreifung der früheren Indianerländer der Rothhäute istlich damit begründet, daß man in jene weitfernen Gegenden die „Egnungen“ östlicher Kultur gebracht hat: für die bekannt nahe Mentalität der Amerikaner was das als Entschuldigung oder Erklärung genügen, der Europäer sieht eben die Sache ein wenig anders.

Von den vorgeführten drei Paramount-Filmen ist insbesonders und künstlerisch der beste „Die wovorne Carmen“ nach dem Roman des bekannt-

ten spanischen Schriftstellers Wlaseo Ibanez. Die Fabel des sehenswerten Filmes dreht sich um die Liebe zweier jungen Leute, die sich einestells verdrängten Schwierigkeiten wegen, andererseits deshalb nicht bekommen, weil der Liebhaber ein charakterstarker Mensch ist, der völlig unter dem Einfluß seiner strengen Mutter steht. Der Ort der Handlung ist Spanien, unter dessen glühendem Himmel sich diese so wahre und dabei doch so traurige Liebesgeschichte abspielt, deren nachhaltigen Wirkung sich kein Zuschauer entziehen kann. Die weibliche Hauptrolle — anfänglich ein armes Mädchen, das im Laufe der Zeit eine hochberühmte Sängerin wird — wird von der erst vor kurzer Zeit nach Amerika gekommenen Schönein Greta Garbo verkörpert. Schon allein dieser Schauspielerin wegen wäre der Film sehenswert. Greta Garbo ist eine auffallende Erscheinung, schön und liebreizend, die ihrer dankbaren Rolle sehr viel Natürlichkeit, Anmut und Frische verleiht, der man ohne weiteres mädchenhafte Schüchternheit, wie auch die durchdringende weibliche Weisheit glaubt, ebenso ihre hellen Freudenstunden wie Szenen tiefsten Wechs und drückender Seelenqualen. Im Verlaufe zu ihr tritt ihr Gegenüber Richardo Cortez, ein passiv, woran allerdings teilweise die Rolle schuld sein mag. Die Regie (Monta Bell) arbeitet vornehmlich und unangenehm und bringt in die Handlung eine Ueberdeutlichkeit, die geradezu vorläufig auf die Leinwand gedrückt ist. Das Stück ist ein Exzentrisches Werk. — „Kell Gwynn, die unsterbliche Geliebte“ (Der erste Teil) deutet sich ein Film National-Republikan, das die Nationalsozialisten am Hofe des englischen Königs Karl II. behandelt. Abgesehen davon, daß der Inhalt der Filmes geschichtlich unrichtig ist (König Karl II. 1629-1685) regierte nicht zu jener Zeit, so der Schauspieler Shakespeares keine Dramen“ schrieb, denn Shakespeare lebte von 1564-

1616), ist auch die Person des Königs gründlich verzeichnet: Karl II. war ein gewissenloser, verschwenderischer und ausschweifender Mann und ganz entschieden nicht einer von denen, dessen Leben und Tod die in dem Film vorherrschende Sentimentalität begründen würde. Aber abgesehen von diesen Fälschungen und von der inhaltlichen Scholtheit des Stückes überhaupt, steht der Film ganz im Lichte einer herrlichen Schauspielerin, deren Leistung man auf keinen Fall schmälern oder übersehen kann: das ist Dorothy Gish, deren Gestalt so menschlich natürlich und hinreichend ist, daß man leicht alles übrige vernachlässigt. Man weiß nicht recht, was man bei der Künstlerin früher oder mehr bewundern soll: ihre ausgezeichnete Mimik, ihre körperliche Gewandtheit und Biegsamkeit oder ihre Langsamkeit. Schade, daß diese unsumme künstlerischen Reizstoffe gerade für einen so schwachen und geschmacklosen Film verschwendet wurde. Findet man denn für Künstler ähnlichen Kalibres wirklich nichts Besseres? — Der Paramount-Film „Der Mann mit der geheimnisvollen Existenz“ (Der vornehme Fremde) ist eine ganz nette Geschichte, die dem unvergleichlichen Jonker Adolfs Menjou auf den schmachtigen Leid geschriebenen wurde und ihm Gelingen gibt, wieder einmal sein unmaßstabliches Schicksal in allen verdrückten Abfassungen zu zeigen. Der Inhalt —? Nun, er ist nicht gerade klar, bringt auch nichts Neues, sondern ist eine Variante auf das alte deutsche Sprichwort: Schuster, bleib bei deinem Zeißel! Menjou spielt einen Freizeitschiffen der hohe Klasse hat, die er auf Hochseefahrt erreichen will, ebenso wie seine Frau (Loni Grosz) aber im Laufe der Zeit überzeugen läßt die zwei jungen Leute, daß das wahre Glück doch nur in einem ruhigen und geordneten Familienleben begründet ist. Der Geist, der durch den Film weht, ist fast gar nicht amerikanisch zu nennen.

# Kleine Chronik.

## Die Tabakspfeife.

Das Einatmen pflanzlicher Dämpfe durch lange Röhren ist die älteste Form des Rauchens gewesen. Der spanische Geschichtsforscher Oviedo berichtet aus dem Jahre 1535, daß eine Röhre mit zwei Endstücken in die Nase gesteckt wurde, um den Rauch verbrannter Blätter besser aufzunehmen, während die Einführung des Raucher in den Mund durch eine Schale erfolgt sei, die am Boden stand oder in ihn eingegraben war. Aus diesen primitiven Formen ist dann unsere Pfeife entstanden. Roudschale und Rohr, die zuerst getrennt waren, werden zu einem Stücke verbunden und später aus Holz oder Ton hergestellt. Die aufwärts gebogenen Pfeifenköpfe stammen aus Amerika von den Indianern und sind schon sehr alt, wie die Grabfunde der Muskogee-Indianer beweisen. Das Urbild der modernen Pfeife ist die brasilianische Pfeife gewesen, die aus einer schalenförmigen Röhre und einer Röhre bestand. Im 17. Jahrhundert eroberte sich die Tonpfeife mit dem langen Stiele die Welt, wie sie noch heute an der Nordseehälfte benutzt wird. Die besten Bilder hervorragender Maler aus jener Zeit, auf denen Damen mit dieser Tonpfeife abgebildet sind. Ohne Zweifel war es die desintoxizierende Wirkung des Tabaks, welche damals die vornehmsten Damen zur Pfeife greifen ließ, während heute die bei den Damen so sehr beliebte Zigarette vornehmlich eine Modesache ist. Man glaubte damals sogar, daß der Tabak gegen die Pest schütze. Der Tabak galt also früher ebenso wie der Alkohol als Medizin. Selbst Kindern brachte man das Rauchen aus der Tonpfeife bei. Die Tochter Ludwig XIV. beispielsweise sorgte sich von den Offizieren der Schweizer Garde Tonpfeifen, obgleich ihr Vater ein großer Gegner des Rauchens war. Es muß ein wunderbares Bild gewesen sein, wenn diese vornehmen Prinzessinnen, die so empfindlich gegen alles Kiedere waren, sich in ihren Gemächern dem Tabakrauch aus langen Tonpfeifen hingaben, ganz wie in den jetzt aufgehobenen Harems die türkischen Damen das Nargileh — die Wasserpfeife — rauchten.

Der Preußenkönig Friedrich Wilhelm I. brachte bekanntlich der Vorliebe seiner Zeit für die Pfeifen in seinem Tabakkollegium sein Opfer. Aber hier war nicht mehr die gewöhnliche Tonpfeife im Gebrauch, sondern es wurden bereits Glasuren und Bemalungen angebracht, wie allmählich auch nach der Schaffung der Porzellanmanufaktur der gewöhnliche Ton durch Porzellan ersetzt wurde. Dabei entstand jedoch die Unannehmlichkeit, daß das sich abspäthende Nikotin nicht abfließen konnte und auch nicht ausgefangt wurde. Man ersand deshalb den sogenannten Abzug, der noch heute bei allen langen Pfeifen vorhanden ist. Damit wurde die „Rauchschale“ in zwei Teile getrennt, in den eigentlichen Pfeifenkopf und den Abzug; die Form der Pfeife wurde also vollkommen verändert. Da der Porzellanstiel zu zerbrechlich war, übernahm man aus dem Orient das Holzrohr und brachte man den beweglichen Pfeifenkopf an, mit dem sich dann der ebenfalls bewegliche Abzug leicht verbinden ließ. Dann kamen die Verzierungen und Bemalungen des Kopfes hinzu, wie wir sie heute noch überreichlich haben. Aus der asiatischen Türkei führte man später zur Herstellung der Pfeifenköpfe den Meerschmaum ein, in dessen Verarbeitung man in den vergangenen Jahrhunderten Wunderbares geleistet hat. Das Anrauchen des Meerschmaumkopfes wurde geradezu eine besondere Kunst, und diese Meerschmaumköpfe haben sich aus von Deutschland aus über die ganze Welt verbreitet. Die hohen Preise dieser Köpfe liegen jedoch schließlich vorwiegend wieder auf die alten Holzköpfe zurückzuführen, und die Holzköpfe — namentlich die aus Frankreich kommende Dupont-Pfeife — ist dann ganz allgemein gebräuchlich geblieben.

Dr. Karl Müller.

**Ein tausendjähriges Parlament.** Das isländische Parlament, Althing genannt, wird am 29. Juni 1926 tausend Jahre bestanden haben. Es ist die älteste bestehende Versammlung der Erde und hat unter wechselnden Bedingungen die Jahrhunderte hindurch bestanden, als es sich das erste Mal auf der Thingaloebene versammelte, bis jetzt. Das Tausendjahrjubiläum soll durch eine Reihe großer Feste gefeiert werden. Die ganze Thingaloebene soll zu einem eingetragenen isländischen Nationalpark umgewandelt werden. Gleichzeitig will man Islands Hauptstadt umgestalten, indem neue öffentliche Gebäude errichtet und neue Viertel angelegt werden.

## Literatur.

**Proba Rejzoma.** (Das unbekannte Prag.) Von Karl Ladislav Kuska, Verlag „Mokos a Pevninos“ Prag XI, Svojova ulica 10. — Das vorliegende Werk einer angelegentlich dreibändigen Sammlung von Erzählungen, Humoresken und Erinnerungen aus dem alten Prag trägt die Widmung: „Allen gewidmet, die für eine Reinigung Prags vom wirklichen und moralischen Dreck kämpfen.“ Es bringt Illustrationen von alten Rechtschreibern der Prager Strasse (U. Balda, Starý Rejzoman) Photographien aus dem alten, verschwundenen Ghetto, Bilder aus dem Prag des XVIII. Jahrhunderts u. a. m. — Der Inhalt kommentiert diese Illustrationen, und außerdem ist ein Einleit. aus dem „Bücher-Milieu“ in dem Werk enthalten. Die weiteren Hefte sollen den anderen Seiten des Prager Großstadtplanes gewidmet sein: Pantas, Kapank, Keph, Cizak, den verschwundenen Bordellen usw. — Als Unterhaltungslektüre kann man die Hefte wohl lesen, für eine Kenntnis des „alten“ und historischen Prag können doch einseitige, wissenschaftliche Werke, wie es bereits mehrfach gesagt, in Betracht.

# Aus der Partei.

## Unsere Karlsbader Kreisorganisation zur politischen und wirtschaftlichen Lage.

Die Kreisorganisation Karlsbad unserer Partei hat sich am Mittwoch eingehend mit den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen befaßt und in einer Resolution zu den aktuellen Fragen Stellung genommen. Es wird darin zunächst der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß eine gemeinsame Kampffront des gesamten Klassenbewußten Proletariats in der Tschechoslowakei geschaffen werden wird und dann gesagt:

Was von unserer Partei vorausgesehen wurde, ist bereits eingetreten: Beim Bürgertum hat das Profitinteresse über das der Wählerchaft vorgetauchte „nationale Interesse“ gesiegt, die internationale Besatzfront ist Tatsache geworden. Die Wähler und Wählerinnen aus den proletarischen und Mittelschichten, die sich durch nationale oder religiöse Schlagworte verleiten ließen, am 15. November des Vorjahres bürgerlich zu wählen, haben ihrer Nation, ihrer Klasse, sich selbst und ihren Kindern einen schlechten Dienst geleistet. Ebenso fest steht aber auch, daß die von den Kommunisten herbeigeführte Sprengung der Reihen der deutschen Klassenbewußten Arbeiterschaft eine sinnlose, durch nichts zu rechtfertigende Handlung war, und daß die kommunistische Partei heute auch nicht einen Schritt anders zu gehen vermag, weder parlamentarisch noch außerparlamentarisch etwas anderes veranlassen könnte, als unsere Partei. So muß jeder Arbeiter heute bereits erkannt haben, daß die Spaltung sich nur zum Vorteil des Klassegegners auswirkte, nur dazu beitrug, das Proletariat ohnmächtig zu machen; um so mehr aber können wir hoffen, daß nun bald auch in diesen Kreisen die Einsicht liegen werde, daß eine ehrliche Vereinigung des Streites notwendig ist, daß man nicht nur von Einigung reden, sondern ohne jede Hinterhältigkeit, ohne alle Nebenabsichten an das Einigungswerk gehen müsse.

Ueber die wirtschaftliche Lage in Westböhmen wird gesagt:

In den zehntausend arbeitslosen Bergarbeitern, kommen nun auch viele tausende Arbeitslose der Porzellan- und Glasindustrie, der Textilindustrie im ganzen Kreisgebiete, kommen große Scharen von Arbeitslosen in der Spinnereizugung und in der Glaslöhler und Schönbacher Instrumentenfabrikation. Es kommt hinzu, daß auch die übrigen Industrien im Karlsbader Kreise stark unterbeschäftigt sind, fast das ganze obere Erzgebirge schon seit langem hungert und auch im Egerer und Mährer Gebiete die Kollage bereits katastrophale Formen annimmt. Hier können nur schnelle, ausgiebige Maßnahmen Vinderung bringen, und große Notstandsarbeiten sind unerlässlich. Zum Schluß wird der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Arbeiterschaft des Kreisgebietes der Partei die Treue wahren und daß die uns noch ferne Stehenden den Weg in unsere Organisation finden werden.

## Kunst und Wissen.

**Spielplan des Neuen deutschen Theaters.** Heute Freitag, 7 1/2 Uhr: „Die Durchgängerin“. — Samstag, 7 Uhr: „Figaros Hochzeit“. — Sonntag, 2 1/2 Uhr, Arbeitnehmer-Vorst.: „Obersteiger“, 7 1/2 Uhr: „14 Tage Arrest“.

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Heute Freitag: „Sonja“. — Samstag, neuinstudiert: „Kameraden“. — Sonntag: „Die neuen Herren“. — Montag, Bankbeamten-Vorst.: „Theodor & Cie.“

## Turnen und Sport.

### Die Scheidung im österreichischen Fußballsport.

II.

Und das ist auch die wirkliche Ursache der Trennung. Wir Arbeitersportler wollen in erster Linie wirkliche Sportler sein, jeder, der Fußball spielen will, soll es können, es er nun die letzten Feinheiten der Ballbehandlung erlernt hat oder nicht. Wir verzichten nicht auf Qualität im Sport, doch darf sie nicht das allein Maßgebende sein. Wir wollen auch nicht ohne Zuschauer und Freunde sein, den wir brauchen die Unterstützung der Öffentlichkeit, die Unterstützung durch unsere Klassengenossen, aber das vorgesehene Spiel muß schon in seiner Form gelben, daß es nicht dazu berechnet ist, daß Sensationen gebracht werden, sondern daß es zur Freude der Zuschauer gepflegt wird. Nicht Punkte und Trefen sind das alleinige Ziel, sondern die Kräftigung der jungen Körper. So lange die Arbeiter nicht getrennt den Fußball pflegen, sondern auch ihren Spielen der Stempel jener Form des Sportes aufgebracht war, die die Arbeitersportler pflegen, wie wenig aber die Arbeiterschaft für diese Art des Sportbetriebes übrig hat, beweist der Umstand, daß die Arbeitersportvereine, die Fußball spielen, bisher so verhältnismäßig wenig Freunde in ihrem eigenen Kreise gewonnen haben.

Die nun durchgeführte Trennung bedeutet aber mehr, als daß nun so und so viele Vereine nicht mehr gegenseitig spielen. Ihre Tat liegt darin, daß sie auch im Fußballsport vom Sport das Geschäft

Herausgeber Dr. Ludwig Czoch.  
 Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Niehner.  
 Für den Druck verantwortlich: O. Sokil.  
 Druck: Deutsche Zeitungs- & G. Prag.

## Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur.

Alle nicht lagernden oder wo immer angelegten Bücher und Zeitschriften werden rasch geliefert.

## Alle Bücher

liest rasch und billig die Volksbuchhandlung Kramar & Co. Teplice-Schönbau, Theresienstraße 18-20, Scopek Lager in preiswertem Gelegenheitsläden. Verzeichnisse senden wir auf Wunsch kostenlos.

## Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

## Ernst Sattler, Karlsbad.

Interieren Sie im Sozialdemokrat !!

kennt, die Erhebung wird wieder zweck. Wie sehr es die Geschäftsportler verstanden haben, die wirklichen Tatsachen zu verschleiern, beweist der Umstand, daß einige Sportvereine sich dem bürgerlichen Verband angeschlossen haben, und auch der Umstand, daß in einigen Arbeitersportvereinen, die keine Takt verblieben, Spieler angetreten sind. Wir Arbeitersportler nehmen das nicht weiter tragisch, wir wissen zu gut, daß unsere besten Agitatoren bei unseren Gegnern sitzen. Es gibt auch unter den Arbeitern noch Menschen, die da glauben, daß man nur dann Schmann eines Vereines sein kann, wenn dieser Verein Klasse besitzt. Dieser Typus „Arbeitersportler“ ist Argumentation nicht zugänglich, zu sehr hat der Fußball für sie bereits die Gestalt der Erde angenommen, auch hier wird die persönliche Erfahrung die Erkenntnis bringen.

Wir den schwarzen Farben wird von den Handlangern der „Unpolitischen“ die Zukunft des Arbeitersportbetriebes ausgemalen. Wir danken für dieses Interesse, die Herren mögen sich nicht strapazieren und beruhten den Arbeitersportvereinen die Sorgen für ihre Zukunft überlassen.

Wir werden die endliche Schiedung in unentschieden Kreisen aufgenommen wird, beweist das rege Interesse der Arbeiterkammer an der nun einleitenden Entwicklung, und die Kammer ist fest entschlossen, ihr einmal gefasstes Interesse auch entsprechend zu bekunden, und nicht nur in den Räumern, sondern in allen Vertretungskörpern der Arbeiterschaft, verfolgt man mit reger Aufmerksamkeit das Beginnen der Arbeitersportvereine.

Es braucht uns also um die Zukunft nicht bange zu sein, wir werden auch in der Tschechoslowakei den Beweis erbringen, daß der wirkliche Sportgedanke noch lebt und daß seine Freunde zahlreich sind. Nicht das Urteil oder die Sympathie der Sportgötzen brauchen wir, die kämpfende und vordrängende Arbeiterschaft ist es, die uns trägt, und mit der wir gemeinsam marschieren.

**Internationaler Arbeiter-Radsport.** Die finnischen Arbeiterschwimmer veranstalteten in Tournai ein Schwimmspiel mit folgenden Ergebnissen: 50 Meter Freistil: Pechante 49.6; 100 Meter Brust: Suvaldens 1:36; 100 Meter Freistil: Flourquin 1:23; Wasserball: Tournai gegen Gent 2:1. — Bei den finnischen Schwimmschwimmern in Tura folgten: 100 Meter Brust: Sade 1:40; 100 Meter Rücken: Gustafsson 1:42.3; 400 Meter Brust: Kivio 7:13.5; 100 Meter Frauen: Kaimio 1:40.8. — Die ersten Schwimmschwimmkämpfe der letzten Arbeitersportler fanden am 22. August in Nissa statt. Die hauptsächlichsten Ergebnisse waren: 50 Meter Freistil: Winejew 41; 50 Meter Brust: Preefuls 49.9; 100 Meter Rücken: Lipmanow 2:16.0; 200 Meter Freistil: Preefuls 4:12.8. — Winer Arbeiterschwimmer vollbrachten eine große Leistung, indem sie 100 Kilometer in der Donau schwammen. Gen. Denis (30 Jahre) durchschwamm die Strecke Sing-Gieffenstein in 19.53 Stunden, Bernat (18 Jahre) mußte nach zwölf Stunden aufgeben.

**Internationaler Arbeiter-Radsport.** Die finnischen Arbeiterschwimmer veranstalteten Ende August im Tampere ein Straßenrennen. Sieger auf der 1-Km.-Strecke wurde Lehti in 1:40.9, auf



# Onkel Bobby

bekämpft nach wie vor das immer noch herrschende unbegründete Vorurteil gegen Margarine. Jeder Hausfrau empfiehlt er an Stelle der teuren Teabutter zum Kochen, Braten und Backen nur

# WITELLO

Delikates-Margarine zu verwenden. Vitello hat denselben Geschmack, dasselbe Aroma und die gleiche Ausgiebigkeit wie Teabutter und ist dabei auch noch billiger. Darum fort mit Ihren unbegründeten Vorurteil!

# WITELLO

der 5-Km.-Strecke Vallemus in 9:00.7. Es 30 Kilometer legte Klenius in 1:12:49.8 zurück. — Die Fahrer Prázel-Látrich unserer bisherigen Arbeitersportler ging über eine Strecke von 125 Kilometer. Die 12 Fahrer starteten am Volkshaus in Brünn. Erster wurde Dejardin in 4.01 Stunden, Zweiter, mit drei Sängen zurück, Georis. Die durchschnittliche Stundenkilometerleistung der Spitzengruppe betrug 30 Kilometer.

## KINO-PROGRAMM

Vom 18. September bis 24. September 1926

**Wran Urania-Kino**  
 Unzweiges deutsches Kino Prag. Tel. 24.129  
**Grüß mir das blonde Kind am Rhein**  
 Mit Walter Süss

**LIDO 10**  
**„Die Entführung aus dem Harem“**

## Wo verkehren wir?

**Café Continental, Prag-Graben**  
**Goldenes Kreuzel, Prag-Retajanka.**

**Gastwirtschaft „Lidový dům“**  
 der Genossenschaft „Ganymed“  
 Täglich Konzert PRAG II., Uherňská Nr. 7.

**Café „Nizza“**  
 Kgl. Weinberge, Pochova 27.  
 Unser Stammlokal

**Anglo-Elementar**  
 Versicherungs-Aktiengesellschaft in Wien  
 Direktion für die tschechoslowakische Republik  
 empfiehlt sich zum Abschluß von Feuer-, Unfall-, Haftpflicht-, Einbruch-, Transport-, Pferde- und Vieh-Versicherungen zu kulanten Preisen. Vollständig zahltes Aktienkapital 8 Millionen.  
 Bargarantienmittel in der Republik über 25 Millionen.  
 Bureau Reichenberg, Bahnhofstraße Nr. 19.